MOUTARDE PALMO

Freitag, 23. April 1926. Einzelnummer 15 Groschen mit illustrierter Beilage 30 Gr. 65. Jahrgang. Nr. 92.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)
mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild".

Erscheint an allen Werktagen.

Fernsprecher: 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Bezugspreis monatlich bei der Geschäftsstelle 3.50 zł, bei den Ausgabestellen 3.70 zł, durch Zeitungsboten 3.80 zł, durch die Post 3.50 zł ausschließlich Postgebühren, ins Ausland monatlich 4 Goldmark einschließlich Postgebühr.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr. für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Der Kluge trinkt Kathreiners Malzkaffee!

Die Regierung Skrzyński bleibt.

Der Staatspräsident verweigert die Rücktrittsgenehmigung. — Die Arbeit an der Koalitionserneuerung. — Eine kleine Entspannung von kurzer Dauer. — Zunächst Erledigung der wichtigsten Staatserfordernisse.

In der gestrigen Ministerratssitzung wurde (wie wir bereits gemeldet haben) beschlossen, die Demission des gesamten Kabinetts einzureichen, und zwar auf Grund eines Antrages des Ministerpräsidenten Skrzyński, der nach einer rechtsparteilichen Auslassung selbst über den Rücktritt der Regierung entschieden haben soll, ohne die Meinung des Ministerrates abzuwarten. Diese Darstellung erklärt sich nur dadurch, daß die Rechte es Herrn Skrzyński sehr übel genommen hat, daß er solche Bindung mit den ausgeschiedenen sozialistischen Ministern an den Tag legte. Jedenfalls trug Herr Skrzyński, nachdem vorher versucht worden war, den Demissionsbeschluß zu vereiteln, um 12 Uhr mittags dem Ministerrat seine Demissionsgründe vor, und man beschloß den Rücktritt.

Um 12½ Uhr begab sich Graf Skrzyński zum Belvedere, um dem Staatspräsidenten das Rücktrittsgesuch zu überreichen. Dieser nahm, nachdem er die Argumente Skrzyńskis angehört hatte, das Gesuch nicht an und begründete die Ablehnung damit, daß die Regierung vor dem 1. Mai dringende Angelegenheiten zu erledigen habe und bei einer Annahme des Gesuchs die Gefahr bestünde, daß z. B. das Haushaltsprovisorium nicht rechtzeitig zur Annahme gelangen könnte.

Es würde sich ein gesetzloser Zustand ergeben, der dem Staat und seinen Interessen großen Schaden zufügen könnte. Ein weiterer Beweggrund des Staatspräsidenten war der, daß es nicht möglich wäre, in den nächsten Tagen eine neue Regierung zu bilden. Der Präsident rechnete auch auf das diplomatische Talent des polnischen Ministerpräsidenten, der sich um den Wiederaufbau der bisherigen Koalition bemühen solle. Das würde eine Rückkehr der Sozialisten in die Regierung bedeuten.

Das Vorgehen der Sozialisten wird in gewissen Parlamentskreisen so ausgelegt, daß die Partei vor dem 1. Mai zu einer demagogischen Aktion freie Hand haben wollte.

Die Nachricht von dem Verbleib der Regierung Skrzyński hat eine kleine Entspannung der Lage gebracht, die allerdings nicht von langer Daner sein dürfte. Der Premier soll zwar in den nächsten Tagen eine Aktion zum Wiederaufbau oder gar zur Erweiterung der Koalition unternehmen, aber es dürfte ihm ziemlich schwer fallen. Immerhin ist er der geeignete Mann für solche Arbeit.

Journalisten gegenüber hat sich Herr Skrzyński über sein Gesuch folgendermaßen geäußert: „Ich bin mit der ganzen Regierung zurückgetreten, weil ich der Meinung war, daß durch das Ausscheiden der sozialistischen Minister der Charakter der Koalition eine Wandlung erfahren habe. Der Staatspräsident hat durch die Ablehnung meines Gesuchs mich in die Zwangslage versetzt, so lange auf dem Posten zu bleiben, bis die wichtigsten Staatsnotwendigkeiten erledigt wären. Ich werde, wenn es mir nicht gelingen sollte, die Koalition auf einer breiteren Grundlage wieder zu schaffen, mein Rücktrittsgesuch erneuern. Dieses wird dann, wie aus den Gründen hervorgeht, die der Staatspräsident angeführt hat, berücksichtigt werden."

*

Der Rücktrittsbeschluß, der gestern erwartet werden konnte, erfährt durch die Weigerung des Herrn Staatspräsidenten eine Aenderung, die von weittragender Bedeutung ist, obwohl sie im Augenblick nicht so in Erscheinung treten kann. Graf Skrzyński, der die Aktionsfähigkeit seiner Regierung auf der Koalition aufgebaut hat, konnte seine eingeschlagene Richtung nicht mehr verfolgen, als die Sozialisten ausgetreten waren. Wir dürfen nicht vergessen, daß zwischen dem Koalitionskabinett und dem vorangegangenen „Beamtenkabinett" Grabski ein großer Unterschied besteht. Grabski konnte sich mit Umänderungen der Ressortministerposten zufrieden geben, bei ihm pendelte die Kraft zwischen den Kompromißparteien, und seine Aufgabe war es, die Parteien durch Zugeständnisse zu Vertrauenskundgebungen zu bewegen. Und, was wichtiger ist, das Kabinett Grabski hatte immer mit besonderen Vollmachten zu tun, es besaß den größten Teil des Volksvertrauens im Anfang, gegen das der Sejm nicht so schroff opponieren durfte, und später besaß Grabski seine Kraft in der Angst vor der Verantwortung, die den Sejm gepackt hatte.

Graf Skrzyński hat mit anderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Er hat die Minister seines Kabinetts auf bestimmte Programmpunkte verpflichtet, die bis zu einer gewissen Grenze mit Zugeständnissen und Entgegenkommen für die Parteien ergänzt und ermöglicht worden sind. Wenn die Koalition (das ist ja der Sinn der Koalition) sich nicht stark genug erweist, die festgelegten Programmpunkte zu erfüllen, so muß eine der Parteien die Konsequenzen ziehen und zurücktreten — das hat die P. P. S. getan. Damit sinkt der kunstvolle Bau auf der einen Seite zusammen, und eine künstliche Stütze ist nicht ohne weiteres möglich, wenn nicht die übrig gebliebenen Parteien stark genug sind, ein neues Programm zu erfüllen. Damit ist aber eine Krise und Parteiverhandlungen gegeben. Es ist bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Sejm nicht so ganz einfach, die Mehrheit auf bestimmte Punkte festzulegen. Ohne die Linksströmung, das heißt ohne die Sozialisten, wird es bis zu einer gewissen Grenze nicht gehen.

Der Herr Staatspräsident hat mit der Rücktrittsverweigerung persönlichen Mut gezeigt, der ihm mancherlei Sympathien im Volke schaffen wird. Ob allerdings damit nennenswerte Fortschritte erzielt worden sind, scheint im Augenblick fraglich. Graf Skrzyński wird verhandeln müssen. Und ob die Lage für ihn gerade sehr leicht sein wird, besonders wenn wir bedenken, wie die Rechtspresse ihn in den letzten Tagen angegriffen hat, soll dahingestellt sein. Wir sind alle wiederum im Wartesaal. Auch der Sejm. Ob Wege zum Fortschritt gefunden werden, das steht bei den Parteien und bei ihrer kurzsichtigen Zerrissenheit und Demagogie. Hoffen wir, daß der Schaden nicht größer wird, als er schon ist.

Opposition der Sozialisten.

Pilsudski beim Staatspräsidenten.

Die Sozialisten hatten um 6 Uhr beim Staatspräsidenten eine Audienz. Der Präsident trug noch einmal seine Motive für die Ablehnung des Rücktrittsgesuchs vor, wobei er bemerkte, daß er nicht den Eindruck habe erwecken wollen, als habe sich in der politischen Lage durch das Ausscheiden der Sozialisten aus der Regierung nichts geändert. Der Abg. Marek soll darauf den Präsidenten darauf hingewiesen haben, daß sein Beschluß die politische Lage verschärfe und den Eindruck erwecken könne, daß man auf die Konzeption Chjena-Piast zurückgreifen wolle. Die Sozialistenpartei sei jetzt genötigt, in schärfste Opposition zu treten, da Herr Skrzyński es für möglich gehalten habe, ohne die Beteiligung einer Partei, die auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen mit ihm am meisten zusammenarbeite, am Ruder zu bleiben.

Des Abends berieten verschiedene Parteien. Der Nationale Volksverband hörte einen Bericht des Abg. Głąbiński, der zur Kenntnis genommen wurde. Der Klub der Christlich-Nationalen stellte fest, daß die Weitererfüllung der Staatspflichten durch die gegenwärtige Regierung dem Staate neue Krisensorgen erspare. Die Katholische Volkspartei äußerte ihre Freude darüber, daß ein weiteres Auswirken der Krise vereitelt wurde. Die „Wyzwolenie" hat eine Entschließung angenommen, in der weitere Opposition angekündigt wird. Der Klub der Bauernpartei beschloß, sich mit anderen Linksparteien zu verständigen und dem Staatspräsidenten die Gefahr vorzutragen, der das Land durch das Weiterbestehen der gegenwärtigen Regierung Skrzyński ausgesetzt sei. Der Klub der Nationalen Arbeiterpartei beschloß, sich an die Parteibehörden mit dem Ersuchen zu wenden, baldigst den Obersten Rat einzuberufen, um einen Beschluß über die weitere Taktik zu fassen.

Im Zusammenhang mit der Umgestaltung oder Erweiterung der Koalition ist Piłsudski wieder aufgetaucht. Gestern um 7 Uhr abends hat er sich auf Einladung des Staatspräsidenten nach dem Belvedere begeben. Ueber den Verlauf dieses Besuches erfährt der „Przegl. Poranny", daß die Unterredung ausschließlich den Versuch betraf, ein neues Gesetz über die Obersten Militärbehörden auszuarbeiten. Bei der Unterredung waren die Minister Żeligowski und Skrzyński anwesend. Piłsudski äußerte sein Mißtrauen hinsichtlich einer schnellen Erledigung des neuen Militärobrigkeitsgesetzes und stellte fest, daß er nicht in der Lage sein werde, in dieser Frage weiter ernsthaft zu konferieren, wenn nicht das Projekt des Generals Sikorski zurückgezogen würde.

Auch der General Sikorski ist wieder auf dem Plan erschienen, und zwar wurde er, nach einer Meldung des „Przegląd Poranny" von seinen politischen Freunden nach Warschau berufen, da man sich mit der Absicht tragen soll, ihm den Posten des Innenministers zu übertragen.

Die deutsch-russischen Verhandlungen und Polen.

Interventionen der polnischen Regierung.

Dem „Kurjer Poranny" wird aus London gemeldet: „Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" beschäftigte sich mit der Aktion, die Polen und die Kleine Entente gegenüber den deutsch-russischen Verhandlungen aufgenommen hat. Nach Meinung dieses Blattes will Polen mit der Kleinen Entente, daß die deutsche Regierung noch vor Unterzeichnung des Vertrages den genauen Wortlaut desselben den Staaten vorlegt, die den Vertrag von Locarno unterzeichneten. Nach dem „Daily Telegraph" hat Benesch an die Berliner Regierung folgende Fragen gerichtet:

1. Müssen sich auf Grund des deutsch-russischen Vertrages beide Seiten im Falle innerpolitischer Zwischenfälle gegenseitig Ratschläge erteilen, und wird angesichts dessen das deutsche Außenministerium verpflichtet sein, die Sowjetregierung über alle vertraulichen Verhandlungen mit anderen Mächten des Völkerbundes zu unterrichten?

2. Benesch wünscht eine Aufklärung der Stellungnahme Deutschlands zum Artikel 16 des Völkerbundspaktes.

3. Soll nach Meinung Deutschlands der Völkerbund dafür zuständig sein, zu bestimmen, welche Seite im Falle eines Konflikts die angreifende ist, oder wollen die Deutschen in dieser Frage selbst entscheiden?

4. Wie würde sich Deutschland verhalten, wenn der Völkerbund z. B. einen Boykott Sowjetrußlands anordnete?

5. Stützt sich die beschränkte Neutralität des deutsch-russischen Vertrages auf den Artikel 16 des Völkerbundes oder auf die bevorrechtete Stellung Deutschlands nach dem Vertrag in Locarno, und welcher Autorität würde im zweiten Falle die Auslegung der Nachträge zum Locarnovertrag unterstehen?

Nach einer Pariser Meldung des „Kurjer Pozn." ist der polnische Botschafter Chłapowski im französischen Außenministerium erschienen, um Briand die polnischen Einwände in Sachen der deutsch-russischen Verhandlungen zu unterbreiten.

Die „Agencja Wschodnia" meldet aus London: „Obwohl die „Times" feststellen, daß der Premier Skrzyński gegen die deutschen Versicherungen bezüglich der letzten deutsch-russischen Verhandlungen nichts einzuwenden habe, meldet im Gegensatz dazu der „Daily Telegraph" von Befürchtungen der polnischen Regierung, die darin zum Ausdruck kommen, daß der polnische Gesandte in London, Skirmunt, zweimal im Foreign Office erschienen ist, um die Einwände seiner Regierung bezüglich des Vertragstextes zu äußern."

Was ist herauszuholen?

Betrachtungen über das Schulunterhaltungsgesetz vom 25. November 1925.

Von Paul Dobbermann.

Es gibt sehr viele Leute, für die es kein Zweifel ist, daß das Gesetz vom 25. November 1925, das einige Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Februar 1922 über Gründung und Unterhaltung öffentlicher Volksschulen enthält, gegen das Deutschtum in den ehemals preußischen Provinzen gerichtet ist. Die neuen Artikel 19—23 befassen sich ausdrücklich mit diesen beiden Provinzen. Die Schulgemeinden (öffentlich-rechtliche Schulsozietäten) werden aufgelöst, ihr Eigentum den politischen Gemeinden übereignet. Die schon erfolgte Fortnahme von Grundstücken durch den Staat wird in der Form sanktioniert, daß diese Grundstücke jetzt auf die politischen Gemeinden übergehen.

Es ist klar, daß durch die Auflösung der bisherigen Schulgemeinden (Schulsozietäten) zwei Dinge grundsätzlich für die Schulunterhaltung aufgehoben werden: erstens das Individualsystem zugunsten eines rein regionalen Systems, zweitens das System konfessioneller und nationaler Trennung zugunsten des utraquistischen Systems. Dabei ist einleuchtend, daß der Wille, das utraquistische System einzuführen, der Grund für die Anwendung des regionalen Systems ist.

Bisher ging die Bildung von Schulgemeinden folgendermaßen vor sich: Es wurden einzelne Individuen, die einzelnen Erziehungsberechtigten, ohne grundsätzliche Rücksicht auf die Geographie, auf den Wohnsitz, zusammengefaßt. Die einzelnen Erziehungsberechtigten konnten alle in derselben politischen Gemeinde wohnen oder in verschiedenen politischen Gemeinden, ja es kam sogar vor, daß die einzelnen Erziehungsberechtigten derselben Eigenschaft innerhalb einer politischen Gemeinde zu verschiedenen Schulgemeinden gehörten, z. B. ein Teil der Evangelischen des politischen Dorfes X gehörte zur evangelischen Schulgemeinde Y, der andere zu Z. Die Eigenschaft aber, die man an den einzelnen Individuen voraussetzte, war Gleichkonfessionalität und Gleichnationalität.

Jetzt soll es folgendermaßen sein: Es werden nicht einzelne Individuen, einzelne Erziehungsberechtigte, sondern politische Gemeinden zusammengefaßt, ohne grundsätzliche Rücksichtnahme auf die darin vorhandenen Menschen. Das theoretisch Normale soll wohl sein, daß die politische Gemeinde auch eine Schulgemeinde ist. Es können aber auch mehrere politische Gemeinden (mit allen darin vorhandenen konfessionell und national verschiedenen Menschen) zu einer Schulgemeinde — nein, einem Schulbezirk (obwód szkolny) zusammengefaßt werden. Daß dies Gebilde keine „Gemeinde", sondern etwas Loseres, ein obwód, ein Bezirk sein soll, geht daraus hervor, daß die Schulunterhaltung auch in diesem Fall grundsätzlich auf der (politischen) Gemeinde liegen soll, in der das Schulgebäude steht. (Siehe Art. 5.)

Dieses System der Schulunterhaltung hat sein Vorbild in kongreßpolnischen Verhältnissen und hat in unserem Teilgebiet zweifellos die angenehme wirtschaftliche Seite für unsere polnischen Mitbürger, daß die im Durchschnitt wohlhabende deutsche Landbevölkerung die polnischen Schulen mitunterhalten muß. Jedenfalls ist das Verlangen der polnischen Eltern, die Steuern der Deutschen für ihre Schulen zu erlangen, schon vielfach der Anlaß zur Paritätisierung der Schulunterhaltung gewesen, ehe dieses Gesetz da war.

Dieses utraquistische System für die Aufbringung der Schulsteuern ist vom Standpunkte der Minderheit grundsätzlich zu verwerfen. Das noch größere Übel aber ist neben der utraquistischen Schulunterhaltung der utraquistische Unterrichtsbetrieb. Es unterliegt für viele keinem Zweifel, daß die Umgruppierungen zugunsten der utraquistischen Schulunterhaltung in der Praxis zu utraquistischen Schulbetrieben führen werden, wenigstens ist nach den bisherigen Erfahrungen zu erwarten, daß die Schulbehörde danach mit aller Macht streben wird.

Demgegenüber ist mit allem Nachdruck festzustellen, daß der Wortlaut des Gesetzes ein solches Bestreben nicht rechtfertigt. Der erste Absatz des Artikels 20 heißt: „Die auf dem Gebiete der Wojewodschaften Posen und Pommerellen bestehenden Schulgemeinden (öffentlich-rechtliche Schulgenossenschaft) und öffentlichen Volksschulen, die die Rechtspersönlichkeit besitzen, werden aufgehoben." Der Artikel 21 sagt: „Das Vermögen der auf Grund des Art. 20 aufgehobenen Schulgemeinden, sowie der mit Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Schulen geht als Ganzes auf die zur Unterhaltung der betreffenden Schule verpflichtete Stadt- oder Landgemeinde oder den Gutsbezirk über." **Der zweite Absatz des Artikels 20 aber sagt: „Die Aufhebung der mit Rechtspersönlichkeit ausgestatteten öffentlichen Volksschulen hat nicht die Schließung der betreffenden Schulen als Unterrichtsanstalten** (zakładów naukowych) **zur Folge."**

Die Lage ist danach also doch zweifellos folgende: Die alten konfessionellen Schulgemeinden (Sozietäten) sind aufgelöst. Das Eigentum derselben geht auf die politischen

Gemeinden über, die von jetzt ab zur Schulunterhaltung verpflichtet sind. **Aber die konfessionell oder national getrennten Schulen (Unterrichtsbetriebe), die im Gebiet der politischen Gemeinde oder im Gebiet des** obwód szkolny **liegen, müssen bestehen bleiben.**

Einige praktische Beispiele sollen das noch genauer dartun: Angenommen, in der politischen Gemeinde A. gibt es einen evangelischen und einen katholischen Unterrichtsbetrieb. Jeder dieser Unterrichtsbetriebe ruhte bisher in bezug auf die Schulunterhaltung auf je einer evangelischen und einer katholischen Schulgemeinde (die beide zusammen das Territorium der politischen Gemeinde ausmachten). Von jetzt sind die evangelischen und katholischen Schulgemeinden aufgehoben. Die Schulen gehören jetzt beide der politischen Gemeinde, und diese bringt für beide Schulen gemeinsam die Schulunterhaltung auf. Aber die beiden Schulen bleiben als evangelischer und katholischer Unterrichtsbetrieb bestehen, vorausgesetzt, daß jeder 40 Kinder hat.

Oder: In dem Dorfe A. ist eine katholische und evangelische Schule vorhanden, die bisher von je einer evangelischen Schulgemeinde und einer katholischen, bestehend aus den gleichkonfessionellen Eltern der politischen Gemeinden A., B., C. und D. getragen wurde. Von jetzt ab gibt es nicht zwei konfessionelle Schulgemeinden, sondern die politischen Gemeinden A., B., C. und D. bilden einen obwód szkolny (Schulbezirk), die Schulunterhaltung regelt sich nach Artikel 5; aber es bleibt der evangelische und der katholische Unterrichtsbetrieb im Dorfe A. gesondert bestehen.

Oder: In der politischen Gemeinde A. besteht ein evangelischer und ein katholischer Unterrichtsbetrieb. Der evangelische Unterrichtsbetrieb ruht auf der evangelischen Schulgemeinde A., die aus den evangelischen Hausvätern der politischen Gemeinden A., B., C. und D. besteht; die katholische Schule ruht auf der katholischen Schulgemeinde A., die nur aus den katholischen Hausvätern der politischen Gemeinden A. und B. besteht, während für C. und D. eine katholische Schule in C. vorhanden ist. Die beiden Schulgebäude gehen jetzt auf die politische Gemeinde A. über. Aber wie wird nun der obwód szkolny (Schulbezirk) gebildet? Es scheint zunächst so, als ob die politischen Gemeinden A. und B. einen obwód szkolny bilden müßten, und die politischen Gemeinden C. und D. auch einen. In der Gemeinde A. würden dann zwei Schulgebäude liegen. Es könnte ohne Schwierigkeiten ein evangelischer neben einem katholischen Unterrichtsbetriebe aufrecht erhalten werden, wenn die Zahl 40 bliebe, obwohl die deutschen Kinder aus C. und D., die man nun behördlicherseits vielleicht in die polnische Schule des Ortes C. einweisen will, ausscheiden. Aber es ist doch auch durchaus möglich, alle vier Orte zu einem obwód szkolny zusammenzulegen, worin sich dann zwei polnische Unterrichtsbetriebe (einer in A. und der andere in C.), und ein deutscher Unterrichtsbetrieb (in A.) befänden. Es scheint unzweifelhaft, daß der Passus in Absatz 2 des Artikels 20, wonach eine Schließung der bisherigen Unterrichtsbetriebe nicht herbeigeführt werden soll, diese letzte Regelung verlangt.

Oder: Es besteht eine evangelische Schule in A. mit einer evangelischen Schulgemeinde aus den evangelischen Hausvätern aus A., B., C. und D., und eine katholische Schule in C. aus den katholischen Hausvätern von A., B., C. und D. Wie muß nun hier der obwód szkolny gebildet werden? Das am einfachsten Gegebene scheint zu sein, daß die Evangelischen und die Katholischen aus A. und B. einen obwód szkolny mit der Schule in A., und die Evangelischen und Katholischen aus C. und D. einen obwód szkolny mit der Schule in C. bilden. Da aber danach zu streben sein muß, die bestehenden Schulen als „Unterrichtsbetriebe" nicht zu schließen, dürfte im Sinne des Gesetzes eine Zusammenlegung aller vier Orte A—D angängig sein unter Aufrechterhaltung des evangelischen Unterrichtsbetriebes in A. und des katholischen Unterrichtsbetriebes in C. Ist in diesem Falle die Bestimmung über die Schulunterhaltung in Art. 5 ein Hindernis? Art. 5 heißt: „Falls die Schule für die Bevölkerung zweier oder mehrerer Gemeinden bestimmt ist, so liegt die Verpflichtung zur Gründung und Unterhaltung der Schule, wie in Art. 1 bezeichnet, auf derjenigen Gemeinde, in deren Gebiet sich im Einklang mit dem Schulnetzplan die Schule befindet. Die anderen Gemeinden, welche die Schule benutzen, sind aber verpflichtet, denjenigen Teil der Ausgaben zu decken, welcher auf Grund des gegenseitigen Einvernehmens sämtlicher interessierter Gemeinden festgesetzt ist; sollte kein Einvernehmen erzielt werden, so entscheiden die entsprechenden Kreisbehörden, und sofern die Gemeinden verschiedenen Kreisen angehören, die Wojewodschaftsbehörden, falls die Gemeinden verschiedenen Wojewodschaften angehören, der Innenminister."

Aus dieser Fassung leuchtet klar hervor, daß durchaus kein Zwang vorliegt, daß die katholischen und die evangelischen Kinder der Orte C. und D. den bisherigen katholischen Unterrichtsbetrieb in C. besuchen müssen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, für die Evangelischen die evangelische Schule (Unterrichtsbetrieb) in A. zu bestimmen. Die Gemeindekassen von C. und D. müßten dann gemäß Art. 5 einen Beitrag an die Gemeindekasse in A., wo die evangelische Schule liegt, entrichten. Die Schulunterhaltung in diesem obwód szkolny würde sich im einzelnen dann folgendermaßen regeln: Die evangelische Schule in A. wird unterhalten grundsätzlich von der Gemeindekasse A.; an diese Gemeindekasse A. zahlen außerdem nach Vereinbarung auf Grund des Art. 5 die Gemeindekassen von B., C. und D. Beiträge für die evangelischen Kinder dieser Ortschaften. Die katholische Schule in C. wird unterhalten grundsätzlich von der Gemeindekasse C.; an diese Gemeindekasse zahlen außerdem die Gemeindekassen von A., B. und D. nach Vereinbarung auf Grund des Art. 5 Beiträge für die katholischen Kinder dieser Ortschaften.

Grundsätzlich ist die Sache doch so, daß die obwody szkolne in Rücksicht auf Unterrichtsbetriebe gebildet werden sollen. Man vergleiche dazu die Fassung der Artikel 3 und 4. Artikel 3 lautet: „Das Schulnetz muß so angelegt werden, daß erstens sämtliche Kinder im schulpflichtigen Alter den Unterricht an einer öffentlichen Volksschule genießen können, zweitens daß diese Schule einem möglichst hohen Organisationsgrad angehört."

Artikel 4 heißt: „Zur Erreichung der im Art. 3 bezeichneten Ziele werden Schulbezirke (obwody szkolne) unter Beachtung der folgenden Bestimmungen gebildet:

1. Der Weg des Kindes vom Hause bis zur Schule beträgt höchstens 3 Kilometer;
2. der Bezirk umfaßt eine möglichst hohe Zahl von schulpflichtigen Kindern, aber nicht mehr als 600, und
3. die geringste Zahl von Kindern im Bezirk beträgt 40."

Da die Schulunterhaltung grundsätzlich auf der Gemeindekasse der Gemeinde liegt, in der das Schulhaus steht, stellen sich die Beiträge der andern Gemeinden, „die das Schulhaus benutzen", im Grunde genommen als dasselbe dar, was man bisher als Gastschulgeld bezeichnete. Es wird also in dieser Hinsicht kein Novum geschaffen.

Aus vorstehenden grundsätzlichen Darlegungen und den angeführten Beispielen, neben denen natürlich noch andere Kombinationen möglich sind, geht hervor, daß die paritätische Schulunterhaltung nicht zu einem Zerschlagen der deutschen Unterrichtsbetriebe zu führen braucht.

Ja, wenn man wollte, ließe sich trotz der paritätischen Schulgeldaufbringung und trotz der sogenannten Kommunalisierung der Schulen bei entsprechender Bildung der obwody szkolne sogar in manchen Gegenden eine Neubildung von Unterrichtsbetrieben auf konfessioneller Grundlage herbeiführen.

Es kommt eben alles auf ein loyales Verhalten der ausführenden Organe der Schulverwaltung an.

Auf jeden Fall muß die deutsche Bevölkerung die allergrößte Aufmerksamkeit darauf lenken, daß die Bestimmung im Absatz 2, Art. 20 nicht bloß auf dem Papier steht. Der Wortlaut dieser Bestimmung sei deshalb noch einmal hergesetzt: „Die Aufhebung der mit Rechtspersönlichkeit ausgestatteten öffentlichen Schulen zieht nicht die Schließung dieser Schulen als Unterrichtsbetriebe nach sich. Es wird darüber zu wachen sein, daß die obwody szkolne so gebildet werden, daß Gemeindekomplexe mit starker deutscher Bevölkerung so zusammengelegt bzw. nicht auseinandergerissen werden, daß selbständige deutsche Unterrichtsbetriebe erhalten oder neu gebildet werden können. Ob in einem Schulhause mit den Polen oder in besonderen Schulhäusern, ist nicht so wichtig.

Sämtliche Änderungen im jetzigen Schulnetz, also die Gruppierungen und Zusammenlegungen zu Schulbezirken für die Unterrichtsbetriebe, die Festlegungen darüber, wo und in welcher Weise Unterrichtsbetriebe erhalten werden sollen, sind nach Art. 2 vom Kreisschulinspektor **unter Mitwirkung der Schulvorstände vorzunehmen. Die alten deutschen Schulvorstände werden also die sehr wichtige Aufgabe haben, die Wahrung der deutschen Schulbelange auf Klarste und Energische zu betreiben.** Die Bestätigung liegt in den Händen der Kuratorien. Das ist also auch die Berufungs- und Beschwerdeinstanz gegen etwaige ungerechtfertigte Tendenzen der Kreisschulbehörde.

Aus dem Verhalten des gesamten schulbehördlichen Apparats aber wird man erkennen, ob er das Gesetz mehr als eine steuertechnische Angelegenheit behandeln wird, wie Optimisten gerne glauben möchten, oder ob er es vorzugsweise als neues Instrument unfreundlichen Handelns gegen die deutschen Unterrichtsbetriebe benutzen wird. Wer lebt, wird sehen!

Weil aber nach den bisherigen Erfahrungen das Gros der deutschen Minderheit die allerschlimmsten Befürchtungen hegt, dürfte ein hohes Kultusministerium, das uns schon so oft Gutes versprochen und neulich sogar durch seinen Vertreter Wasiliewski eine sehr schöne Geste in Lodz gemacht hat, gut daran tun, Ausführungsbestimmungen zu erlassen, aus denen mit aller Klarheit hervorgeht, daß es ihm nicht darauf ankommt, das utraquistische System auf die Unterrichtsbetriebe auszudehnen. Der Art. 24 legt die Ausführung des Gesetzes ausdrücklich in die Hand des Ministers.

Daß die besten Ausführungsbestimmungen das im Art. 18 vorgesehene Gesetz über die Gründung und Unterhaltung der öffentlichen Schulen der religiösen und nationalen Minderheit wäre, am besten in Gestalt der Kulturautonomie, kann nur wiederholt werden.

Der Schlaf eines Kranken.

Die „Czas" schreibt in Nummer 88 vom 18. April:

„Die offene Krise wird wahrscheinlich auf dem Boden des Austritts der Sozialisten aus der Koalition eintreten. Das wird der unmittelbare Anlaß sein, aber der **eigentliche Grund ist die fatale Wirtschaftslage.** Die Sozialisten haben ein fertiges Programm der Inflation. Es scheint ihnen, daß man auf diese Weise die Beamten- und Offizirsgehälter erhöhen, die Industrie beleben und den Arbeitslosen Arbeit sichern könne. Es scheint ihnen, daß der Widerstand gegen die Inflation seine einzige Quelle in den Befürchtungen der „Kapitalisten" habe. Die Krise kann aber auch von seiten des Finanzministers kommen, der keine Inflation will, weil er einsieht, daß die Inflation diesmal mit elementarer Geschwindigkeit vorwärtsscheiten würde. **Wenn wir einmal den Weg der Inflation betreten haben, dann werden wir nicht mehr vier oder fünf Jahre auf die katastrophalen Folgen warten, sondern sie schon nach einigen Wochen erleben. Sie wird die schlimmsten Wirtschaftsinstinkte und Inflationselemente an die Oberfläche bringen.** Nach einigen Monaten würden wir vor einer weit schlimmeren sozialen Katastrophe stehen, wie sie uns jetzt droht. **Dann wird von einer Außenhilfe keine Rede mehr sein können, und das Volk wird den Zukunftsglauben verlieren.**

Erschöpft und ratlos wird es dem wirtschaftlichen Bolschewismus anheimfallen. Ganz Polen wird zur Ruine und zu einem „idealen Betätigungsfeld der politischen Expansion der Sowjets". Der Finanzminister sieht das ein und will deshalb keine neue Inflation. Es kann sein, daß er dies als Parole gebraucht, um mit Ehren zu stürzen. Sein Verbleib im Amte ist nämlich deshalb unwahrscheinlich, weil er keine genügende Energie besitzt. Entweder treten die Sozialisten zurück, oder der Finanzminister scheidet aus der Regierung aus. Eine Klärung der Lage muß auf einem Sanierungsbeschluß des Sejm beruhen. Wenn sich eine Mehrheit finden wird, die bereit ist, die Sanierung auf Inflation zu stützen, dann siegt das Programm der Sozialisten, und man wird einen Finanzminister suchen müssen, der bereit wäre, auf der Grundlage der Inflation zu wirken. Die Parteien, die keine Inflation wollen, wollen auch weder Haushaltsersparnisse, weil sie die Verwaltungsreform fürchten, noch den Zustrom von Außenkapital. Deshalb können sie dem Inflationsprogramm kein reales gegenüberstellen. Dafür stellen sie rein persönliche Kombinationen auf, die den Ruin des Landes nicht aufhalten werden und die gegenwärtige Lage nur noch verschlechtern. Zu solchen Plänen gehören zum Beispiel die Kombinationen Dmowski-Piłsudski-Witos und Witos-Wł. Grabski-Skrzyński-St. Grabski-Piłsudski. Das Programm erscheint uns wichtiger als jegliche Personalkombinationen, und wenn sie noch so effektvoll sind und der ratlosen Stimmung entsprechen.

Der angebliche Hauptschöpfer der neuen Kombinationen, Herr Stanisław Grabski, wird vielleicht eine neue sonderliche Regierungsform herauskriegen, aber das wird der Schlaf eines **Kranken sein, dessen Leiden nur für kurze Zeit beseitigt wird.** Vom Grafen Skrzyński ist anzunehmen, daß er einen Tätigkeitsplan mitgebracht hat, um die Krise glücklich beizulegen. Der Premier ist ein Mann, der europäisch denkt, und deshalb muß man ihm darin vertrauen, daß er sich nicht für einen Plan erklärt, der auf die eiternde Wunde ein Pflaster legt, **bevor sie gesäubert ist.**"

Der Kirchenraub in Krojanten zur Tatsache geworden.

Die „Deutsche Rundschau" schreibt:

„Dankbare Anerkennung verdient das Entgegenkommen des katholischen Bischofs von Culm, an den sich der evangelische Gemeindekirchenrat von Konitz telegraphisch gewandt hatte, und der den katholischen Propst Makowski in Konitz angewiesen hatte, die Uebernahme und Benutzung der Krojantener evangelischen Kirche einstweilen zu unterlassen. Trotzdem hat sich der Propst Makowski nebst zwei Mitgliedern des katholischen Kirchenvorstandes zusammen mit den staatlichen Kommissaren zu dem Uebergabetermin eingefunden. Der Starost ließ nochmals zur Uebergabe der evangelischen Kirche in Krojanten an die katholische Kirchengemeinde Konitz den evangelischen Pfarrer in Konitz auffordern, der natürlich seine Teilnahme ablehnte. Gegen diesen Kirchenraub haben auch deutsche Katholiken ihren Unwillen ausgesprochen; selbst der polnisch-katholische Schmied in Krojanten und seine Gesellen lehnten ihre Mitwirkung an der gewaltsamen Oeffnung der evangelischen Kirche ab. Dennoch ließen die staatlichen Kommissare durch den zweiten Verwalter der Domäne Krojanten und durch einen staatlichen Eisenbahnbeamten die Kirchentür mit Gewalt aufbrechen und nach eingehender Besichtigung des Gotteshauses wieder mit Ketten zusperren.

Die Hauptverantwortung tragen aber nicht diese ausführenden unteren Stellen, sondern die Warschauer führenden Kreise, die den Auftrag zu dieser rechtswidrigen Beschlagnahme gaben und damit dem oft zitierten Geist von Locarno völlig zuwiderhandeln.

Die Rechtslage der Kirche in Krojanten ist nämlich dieselbe wie die der annullierten Ansiedler.

Der Völkerbund aber und der ständige internationale Schiedsgerichtshof im Haag haben entschieden, daß die staatliche Beschlagnahme dieses sogenannten annullierten Ansiedlungsbesitzes zu Unrecht erfolgt sei und der polnische Staat die davon Betroffenen zu entschädigen und wieder in ihren Besitz einzusetzen habe — nicht bloß Reparation, sondern Restitution!

Trotz alledem fährt die gegenwärtige polnische Regierung fort, gegen diese Entscheidung des Völkerbundes zu handeln, und scheut sich nicht einmal, eine von Anfang an seit mehr als 34 Jahren evangelische Kirche einfach im Verwaltungswege mit Gewalt zu beschlagnahmen und der katholischen Staatskirche (!) zu übereignen, ohne auch nur eine Räumungsklage vor den ordentlichen Gerichten für notwendig zu halten, wie es doch in einem Rechtsstaat notwendig ist.

Diese Nichtachtung des Völkerbundes und seiner Entscheidungen unterstützt nicht gerade die polnische Forderung nach einem Sitz im Rat des Völkerbundes!

Republik Polen.

Das parlamentarische Wirtschaftskomitee.

Im Sejm hat am Dienstag eine Versammlung von Abgeordneten und Senatoren stattgefunden, in der man ein parlamentarisches Wirtschaftskomitee gebildet hat, dessen Satzungen bereits angenommen wurden. Im weiteren Verlauf der Beratungen erörterte man Fragen, die auf dem parlamentarischen Wirtschaftskongreß in London, der am 25. Mai beginnt, besprochen werden sollen. In den Vorstand des Komitees wurden gewählt: Senator Lubieński, Abg. Trepka (Nat. Volksverband), Szydłowski (Piastenpartei) und Kwiatkowski (Christl. Demokratie). Zu Delegierten für die Londoner Tagung wurden außer Vorstandsmitgliedern die Abgeordneten Wartalski (Nat. Volksverband) und Wislicki (Jüdischer Klub) gewählt.

Vom Ministerrat.

In der gestrigen Sitzung des Ministerrates wurde ein Antrag des Außenministers auf Wiederrücknahme des vom Ministerrat angenommenen Gesetzentwurfs über den Beitritt Polens zum Internationalen Hydrographischen Büro angenommen. Ferner nahm der Ministerrat eine Verfügung über die Aufhebung des Gutsbezirks Jurkowice im Kreise Inowrocław und des gleichen Bezirks Minino im Kreise Obornik, und die Bildung von Gemeinden desselben Namens an.

Dementi.

In Sejmkreisen hat sich gestern das Gerücht verbreitet, daß die Minister Żeligowski und Raczkiewicz demnächst zurücktreten werden. Beide Minister haben das Gerücht dementiert.

Sonst ganz gesund.

Die „Agencja Wschodnia" meldet: „Als Antwort auf die Interpellation über ungesundene Verhältnisse im Heere hat der Kriegsminister, General Żeligowski, an den Sejm und Senat ein Schreiben gerichtet, in dem festgestellt wird, daß die Auftritte einiger Generale vereinzelt dastehende Tatsachen wären, und daß das Heer sonst ganz gesund sei. Die bisherige Nichterledigung des Gesetzes über die Obersten Militärbehörden schreibt der Minister politischen Faktoren außerhalb des Heeres zu. Als Ursache gewisser Reibungen im Militärleben erklärt der Kriegsminister die Einstellung bestimmter politischer Faktoren zum Marschall Piłsudski. Die Generale St. Haller und Szeptycki wären mit ihren Pressebriefen nicht im Einklang mit den entsprechenden Militärvorschriften verfahren.

Die Untersuchung gegen den Mörder Lindes.

Im Laufe der Untersuchung gegen den Mörder Lindes sind bisher ungefähr 30 Personen vernommen worden. Die Untersuchung verläuft in zwei Richtungen und soll die Antwort auf die Frage geben, ob Trzmielowski im Einvernehmen mit jemandem oder ob er vorsätzlich handelte. Was den ersten Punkt betrifft, so ist man bisher auf keine Spur einer Mittäterschaft gestoßen. Was die zweite Frage anbelangt, so war nach Meinung der Familie und von Bekannten des Mörders für sie die Tat Trzmielowskis ganz unerklärlich. Personen, die ihn aus der Gerichtsverhandlung kennen, sollen ausgesagt haben, daß er sich in Augenblicken der Erregung feindlich über Linde geäußert hätte. Die Untersuchung geht ihrem Ende entgegen und wird voraussichtlich noch zwei Tage dauern. Wie verlautet, hat die Verteidigung Trzmielowskis der Rechtsanwalt Niedzielski übernommen.

Generaloberst von Seeckt.

Berlin, 22. April. (R.) Die Berliner Blätter nehmen den heutigen 60. Geburtstag des Generaloberst v. Seeckt zum Anlaß, seine Tätigkeit an der Spitze der Reichswehr eingehend zu würdigen. Die „Kreuzzeitung" schreibt: Generaloberst v. Seeckt kann an seinem 60. Geburtstag mit stolzer Befriedigung auf das überparteiliche Machtmittel blicken, das er der Staatsgewalt im Reichsheer zur Verfügung gestellt hat. Die „Deutsche Tagesztg." hebt seine unerschütterliche Ruhe und strenge Zurückhaltung gegenüber umstürzlerischen Bestrebungen hervor. Im „Lokalanzeiger" heißt es: Was Generaloberst v. Seeckt in den verflossenen sechs Jahren für den Aufbau und die moralische Kräftigung unseres Heeres getan hat, wird immer unvergessen bleiben. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, die Entente suche beharrlich Seeckt zu beseitigen. Die Kommunisten und die Parteien der Linken wollten ihn stürzen, und auf der Rechten war man auch nicht mit ihm zufrieden. Das alles zusammen läßt den Schluß zu, daß er der rechte Mann auf seinem Posten ist. Das „Berliner Tageblatt" nennt Seeckt eine der stärksten und interessantesten Persönlichkeiten unter denjenigen, die den Mut und die Entschlossenheit hatten, Deutschland aus dem Chaos zu neuer Ordnung hinüberzuleiten. Die „Vossische Ztg." schließt ihren Artikel über Seeckt: „Alle seine militärischen Leistungen werden gekrönt von der Arbeit, die er im Frieden für den Wiederaufbau seines Vaterlandes leistete."

Deutsches Reich.

Luftpostverkehr Berlin—Danzig—Memel.

Am 19. April ist der Luftpostverkehr auf der Strecke Berlin—Danzig—Königsberg—Tilsit—Memel aufgenommen worden. Geflogen wird werktäglich nach folgendem Plane: Abfahrt von Berlin 12.10 mittags, Ankunft in Danzig 3.35, Abfahrt von Danzig 3.50, Ankunft in Königsberg 5.05, in Tilsit 6.10, in Memel 7.05 abends. In der Gegenrichtung: Abfahrt von Memel 7 Uhr morgens, Ankunft in Tilsit 7.45, in Königsberg 8.50, in Danzig 10.30, Abfahrt von Danzig 10.50, Ankunft in Berlin 2.30 nachmittags. Die Schlußzeit beim Postamt Danzig 5 für Luftpostsendungen zum Fluge nach Memel ist auf 2.45 nachm. und zum Fluge nach Berlin auf 9.40 vorm. festgesetzt worden. Bemerkenswert ist, daß mit dem vorbezeichneten Flug nach Berlin beförderte Luftpostsendungen Fluganschluß haben nach Hamburg, Kiel, Flensburg, Braunschweig, Dortmund, Essen, Mülheim, Düsseldorf und Krefeld.

Zur deutsch-russischen Annäherung.

Der „Manchester Guardian" beschäftigt sich mit der deutsch-russischen Annäherung. Das Blatt erkennt zwar an, daß die Beziehungen Deutschlands zu den Westmächten schon solche Fortschritte gemacht haben, daß man von einer größeren deutsch-russischen Annäherung keinerlei Gefahr für den Weltfrieden zu besorgen brauche, auch liege nicht der geringste Anlaß zu der Furcht vor, daß Deutschland gegenüber dem Völkerbund ein doppeltes Spiel triebe; aber trotzdem enthalte der geplante Vertrag indirekt die Warnung, daß Deutschland, wenn es im September nicht angemessen behandelt werde, seine Anmeldung zum Völkerbund zurückziehen könne, womit auch der Vertrag von Locarno erledigt wäre. Herr Briand habe für den Vertrag von Locarno den Anspruch erhoben, daß er die Bildung des „furchtbarsten Blocks" verhindert habe. Um so mehr sollte er bestrebt sein, einen neuen Mißerfolg auszuschließen, wenn Deutschlands Anmeldung zum Bund im Herbst abermals zur Beratung gelange. Es gebe keine Möglichkeit, eine Annäherung Deutschlands an Rußland zu verhindern, und das einzige Mittel, einer solchen Annäherung ihre gefährliche Schärfe zu nehmen, liege darin, Deutschland so schnell wie möglich zu einem Mitglied des Völkerbunds genau in der Weise zu machen, wie es ihm in Locarno versprochen worden sei. Die deutsche Note an das Genfer Sekretariat beweise, daß Deutschland auf einer bedingungslosen Zulassung bestehe.

Selbstmord eines Scheckschwindlers vor der Festnahme.

Dieser Tage zwischen 12 und 1 Uhr mittags fand sich in der Deutschen Bank in Köln ein junger Mann ein, der einen Scheck zur Barzahlung vorwies, der einem Scheckbuch, das als verloren gemeldet worden war, entnommen worden war. Um den jungen Mann unauffällig festnehmen zu können, wurde er wegen einer Unstimmigkeit an dem Scheck nach der Direktion gebeten. Auf der Fahrt im Fahrstuhl nach der Direktion zog der junge Mann plötzlich ein Dolchmesser, stürzte sich auf den Fahrstuhlbegleiter und brachte diesem mehrere Stiche im Genick und an der Hand bei. Auf den Alarm des Begleiters eilten Leute herbei, und gleich darauf brachte sich der junge Mann mit einem Dolchmesser einen Stich ins Herz bei, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Seine Persönlichkeit war bisher nicht festzustellen.

Eine Liebestragödie.

Aus Berlin wird gemeldet: Hier spielte sich eine schreckliche Liebestragödie ab. Der Geliebte der Frau eines Postbeamten erschoß in ihrer Wohnung ihr dreijähriges Kind und brachte darauf sich und der Frau lebensgefährliche Schüsse bei. Frau Hirsch hatte am Abend mit ihrem Manne und dem Freund ein Kino besucht, in dem der Film „Rosenmontag" gespielt wurde. Nach Schluß der Vorführung begleiteten Frau Hirsch und ihr Geliebter den Mann nach seiner Dienststelle, wo er die Nacht über zu tun hatte. Bei seiner Rückkehr fand er im Schlafzimmer das dreijährige Kind tot im Bett, seine Frau und deren Freund am Boden mit schweren Schußwunden liegend. Auf dem Tische standen in einer mit Sand gefüllten Schüssel drei brennende Kerzen. Aus langen Abschiedsbriefen geht hervor, daß Frau Hirsch mit ihrem Freunde seit langem eine Liebschaft hatte und mit ihm gemeinsam in den Tod gegen wollte. Die Schwerverletzten gaben noch Lebenszeichen von sich und wurden nach dem Krankenhaus gebracht. Mit ihrem Aufkommen ist nicht zu rechnen.

England und die Türkei.

Sorgen in London.

Der Korrespondent des „Daily Telegraph" in Konstantinopel gibt Nachrichten der türkischen Presse wieder, die nach seiner Ansicht den Inhalt der von der Londoner Regierung an Angora gemachten Vorschläge enthalten. Diese Vorschläge sollen folgende Punkte umfassen:

1. **Die Brüssellinie wird weiter südlich verlegt. Mossul verbleibt beim Irak.**
2. **Das Gebiet um Mossul wird entmilitarisiert und einer besonderen Verwaltung unterstellt.**
3. **Zwischen der Türkei und dem Irak wird ein gegenseitiger Neutralitätsvertrag abgeschlossen, an dem sich auch Persien beteiligt.**
4. **Zwischen England und der Türkei wird ein Neutralitätsabkommen nach dem Muster des französisch-türkischen Vertrages abgeschlossen.**
5. **England gewährt der Türkei unter gewissen Bedingungen eine Anleihe, sobald zwischen beiden Ländern eine Einigung erzielt ist.**
6. **England erklärt sich zu gewissen materiellen und finanziellen Zugeständnissen an Angora bereit.**
7. **Nach der Einigung tritt die Türkei sofort in den Völkerbund ein.**
8. **Die englische Regierung setzt sich dafür ein, daß der Völkerbund das englisch-türkische Abkommen sofort ratifiziert, um neuen Komplikationen vorzubeugen.**

Das englische Blatt bemerkt dazu, daß in London keine amtlichen Mitteilungen über den Verlauf der Verhandlungen in Angora gemacht worden sind. An anderer Stelle beschäftigt sich der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" mit den Reservisteneinberufungen in der Türkei. Er erklärt, daß in London die Besorgnis wegen der militärischen Maßnahmen der Angoraregierung wachse. Man frage sich, ob das Vorgehen der Türkei nicht doch eine Demonstration im Zusammenhang mit den Mossul-Verhandlungen darstellt.

Im Gegensatz zum „Daily Telegraph" weisen andere Londoner Blätter auch heute wieder darauf hin, daß die militärischen Maßnahmen der Türkei durch die italienischen Pläne in Anatolien veranlaßt worden seien. Nach Äußerungen der türkischen Presse müsse sich die Türkei zum Widerstand gegen Landungsversuche vorbereiten und habe deshalb in der Gegend von Mersina und Karanissar Truppen zusammengezogen.

Ein Bataillon.

Aus dem englischen Unterhaus.

London 22. April. (R.) Ein Mitglied fragte Chamberlain, ob auf der kürzlichen Zusammenkunft des Völkerbundsrates ein Zeitpunkt festgesetzt wurde, innerhalb dessen die französischen Truppen aus dem Saargebiet zurückgezogen werden sollten. Chamberlain erwiderte, die Antwort laute verneinend. Die französische Regierung habe sich aber verpflichtet, bis zum 31. Mai ein Bataillon zurückzuziehen und dann Schritt für Schritt die Zurückziehung der übrigen Teile der im Saargebiet stehenden Truppen durchzuführen.

Die englisch-türkischen Verhandlungen.

London, 22. April. (R.) „Daily Mail" meldet, der türkische Minister des Aeußeren übermittelte dem britischen Botschafter die türkischen Gegenvorschläge auf die neuen britischen Vorschläge. In Angora herrscht eine optimistische Stimmung. Eine Verständigung wird für wahrscheinlich gehalten. (Die Vorschläge veröffentlichen wir in unserer heutigen Ausgabe an anderer Stelle. Red.)

Noch ein Mißerfolg.

Eine amerikanische Ablehnung.

Das Sekretariat des Völkerbundes veröffentlicht ein Schreiben des amerikanischen Geschäftsträgers in Bern an den Generalsekretär. Diesem Schreiben liegt ein langes anderes Schreiben bei, das die Ablehnung Amerikas enthält, sich auf der von Chamberlain vorgeschlagenen und vom Völkerbundsrat beschlossenen Juristenkonferenz vom 1. September 1926 vertreten zu lassen.

In dieser ebenfalls an den Generalsekretär gerichteten Note erklärt Staatssekretär Kellog, Amerika glaube nicht, daß seine Beteiligung an dieser Konferenz nützlich wäre.

Der amerikanische Senat habe seine Zustimmung zum Beitritt zum Haager Gericht unter klaren und unzweideutigen Bedingungen gegeben, und diese hätten durch Notenwechsel mit den 48 Signataren des Haager Statuts angenommen oder abgelehnt werden müssen. Kellog sei nicht bereit, diesen erforderlichen Gang der Angelegenheit abzuändern, und er würde es bedauern, wenn der Rat eine Maßregel träfe, die den Eindruck erweckte, daß ernste Schwierigkeiten beständen. Die Art und Weise der amerikanischen Beteiligung bei den Richterwahlen durch Bevollmächtigte wäre einwandfrei festgelegt, wenn die amerikanischen Vorbehalte angenommen würden und Amerika Partner im Haag geworden sei. Wenn die übrigen Signatare unter sich bleiben wollten, hätte Amerika keine Einwendungen dagegen zu machen. Jedoch erscheine die Entsendung eines amerikanischen Delegierten nicht opportun.

Die Ablehnung Amerikas stellt nach der letzten russischen Absage einen neuerlichen Mißerfolg des Völkerbundes dar.

Die ersten Verhandlungen mit Abd el Krim.

Bereitwilligkeit zum Frieden.

Die amtliche Zusammenkunft zwischen den französischen und den spanischen Vertretern einerseits, sowie den Vertretern des Rifgebiets anderseits, fand im Feldlager Berteaux, 25 Kilometer nordwestlich von Taurirt, von 11 Uhr vormittags bis 5½ Uhr abends statt. Abd el Krims Schwager und Minister des Aeußern, Si Mohammed Ben Aserkan, der Kaid der M'Tius, übergab vor diesen Beratungen dem Vertreter des „Matin" auf seine Bitte eine schriftliche Erklärung, in der er seine Genugtuung über den den Rifvertretern von General Mougin bereiteten Empfang ausdrückte. Das Rifgebiet verlange von der französischen und von der spanischen Regierung, ihm bei der Verwirklichung seiner Bestrebungen zu helfen, um in Frieden und Sicherheit leben zu können. Den Rifvertretern seien die Vorbedingungen für die Eröffnung der Verhandlungen bekannt. Sie seien überzeugt, daß der Friede möglich sei, wenn man von beiden Seiten Zugeständnisse mache. Sie, die Rifleute, seien jedenfalls für die weitesten Zugeständnisse zu haben, soweit diese nicht gegen die Rechte, die sie vernünftigerweise fordern müßten, verstießen. Die drei Vertreter hätten ihre Vollmachten von Abd el Krim. Dieser spreche nicht nur im Namen der Beni Uriagel, sondern aller Stämme, deren Kaids er ernenne. Auf die Frage, ob die Rifvertreter sofort die Waffenstillstandsbedingungen annehmen wollten, erklärte Aserkan, daß er wohl um einen Aufschub der Verhandlungen um etwa fünf Tage ersuchen werde, um mit dem Emir Abd el Krim in Verbindung treten zu können. Gestern abend gedachten nach den vorliegenden Meldungen die französischen und spanischen Vertreter wieder in Udscha zurück zu sein. Die amtliche Mitteilung berichtet, daß die Rifvertreter ersucht hätten, mit dem Rifgebiet selbst wieder in Verbindung treten zu können. Man entsprach sofort ihrem Ersuchen. Sie werden sich im Flugzeug ins Rif begeben. Man erwartet ihre Rückkehr, um die vorbereitenden Besprechungen wieder aufzunehmen.

General Simon bezeichnete es als eine Hauptbedingung für den Waffenstillstand, daß die zur Offensive bereitgestellten französischen und spanischen Truppen 5 bis 7 Kilometer vorrückten und einige wichtige strategische Stellungen besetzten. Er halte diese Vorsichtsmaßnahme für um so notwendiger, als trotz der stillschweigenden Einstellung der Feindseligkeiten während der letzten Tage doch noch einige Gewehrschüsse auf die französischen Vorposten abgegeben worden seien. Das sicherste Mittel, damit auch alle feindlichen Stämme dem Befehl Abd el Krims folgten, den Waffenstillstand einzuhalten, sei die geforderte Besetzung der strategischen Punkte. Falls man sich über diese den drei Rifvertretern gestellten Vorbedingungen einige, werde er sie auffordern, sich zu den eigentlichen Friedensverhandlungen nach Udscha zu begeben. Seine Erfahrungen in Verhandlungen mit den Mohammedanern ließen ihn voraussehen, daß die Verhandlungen gut zwei Wochen in Anspruch nehmen könnten. Man müsse nicht nur über höchst wichtige, grundsätzliche Fragen verhandeln, wie z. B. über die Entfernung Abd el Krims, sondern man müsse auch die kleinsten Einzelheiten der französisch-spanischen Bedingungen im voraus regeln. Nach seiner Kenntnis der Dinge seien die Vertreter Abd el Krims von einem ernsten Friedenswillen beseelt. Tatsächlich hat auch Aserkan den Journalisten versichert, daß er und seine Begleiter mit allen Kräften einen Frieden anstrebten mit Frankreich, mit Spanien und mit der ganzen Welt. Der Emir Abd el Krim habe ihm anbefohlen, alles zu tun, um zu einem Frieden zu gelangen.

Ein gewisser Widerspruch besteht zweifellos in der durch den General Simon angekündigten französischen Taktik, daß nämlich sich die Franzosen auf der einen Seite des Einflusses bedienen wollen, über den Abd el Krim verfügt, ja daß sie sogar diesen Einfluß für ihre Zwecke als unentbehrlich empfinden, und daß sie gleichzeitig oder vielmehr nachher, wenn Abd el Krims Befehle die gewünschte Wirkung getan haben sollten, diesem den Boden unter den Füßen entziehen möchten. Das erinnert, auf andere Verhältnisse übertragen, auch an die Taktik, die man seinerzeit gegenüber Deutschland mit den 14 Wilsonschen Punkten verfolgt hat.

Die Verhandlungen mit den Rifleuten.

Paris, 22. April. (R.) Zu den Verhandlungen mit den Rifleuten berichtet Havas: General Simon hat den Vertretern der Presse ein offizielles Communiqué diktiert in dem es unter anderem heißt: Die Rifdelegierten haben ihre Antwort auf die Fragen, die ihnen in der letzten Sitzung gestellt wurden, gegeben, für die sie gewünscht hatten, sich mit Abd el Krim besprechen zu können. Ihre Antwort bildet den Gegenstand einer eingehenden Prüfung, die im Laufe einer späteren Sitzung, deren Zeitpunkt noch nicht festgesetzt wurde, fortgesetzt werden soll.

Die Verhandlungspause soll dazu benutzt werden, daß die Delegationen sich mit ihren Regierungen in Verbindung setzen.

Aus anderen Ländern.

Wie England über Mussolinis Mittelmeerpläne denkt.

Aus London wird gemeldet: In englischen politischen Kreisen werden die vielfachen Meldungen über Mussolinis Kolonial- und Mittelmeerpläne mit dem größten Interesse verfolgt. Englische Finanzkreise glauben, daß das Gerücht über ein griechisch-italienisches Bündnis auf einen Bluff des Duce zurückzuführen sei. Es müsse sich jedoch bald erweisen, ob Italien tatsächlich Kriegspläne habe. Wie es diese ausführen wolle, sei zweifelhaft, da es weder Geld noch Aussicht auf eine Anleihe habe.

Der russisch-litauische Garantievertrag.

Aus Reval wird von „Za Swobodu i Rodinu" berichtet: Die Estländischen Zeitungen besprechen in längeren Ausführungen die Frage des Garantievertrages zwischen Rußland und Litauen und meinen, daß ein solcher Vertrag nicht nur für Polen und Deutschland von großer Bedeutung und bedrohlich sei, sondern daß auch in erster Linie Estland davon betroffen werde. Die gesamte estländische Presse wendet sich gegen den Vertrag und schreibt „Wenn dieser Vertrag zustande kommt, dann fällt zugleich der Plan der Vereinigung der drei Baltenstaaten zusammen".

Vulkanausbrüche auf Hawai.

Der südwestliche Teil der Hawaiinseln ist von schwersten Vulkanausbrüchen heimgesucht worden. Nach Meldungen aus Kona an der Südwestküste, ist der Vulkan Mauna Loa seit einer Woche in ununterbrochener Tätigkeit. Die Lavamassen, die zum Teil fünfzig Fuß hoch sind, ergossen sich in das Dorf Hoopu Loa und begruben es vollständig unter sich. Auch erreichte die glühende Lava die Ortschaft Kanna und zerstörte auch dort mehrere Häuser. Das Meer in der Nähe des Vulkans ist siedend heiß. Unter den Eingeborenen ist eine Panik entstanden. Amerikanische Armeeflieger versuchten, das heimgesuchte Gebiet zu überfliegen, doch mußte der Flug aufgegeben werden, da noch in 3000 Fuß Höhe die Hitze unerträglich ist.

Politische Uebersicht.

Das italienische Schuldenabkommen ist im amerikanischen Senat mit 54 gegen 33 Stimmen angenommen worden.

*

Der belgische Außenminister sprach dem italienischen Botschafter in Brüssel sein Bedauern über einen Zwischenfall in La Louviere aus, wo eine Mussolini darstellende Strohpuppe von Sozialisten verbrannt worden war.

*

Im Parteiausschuß der Radikalsozialisten sprach Herriot über seine Politik. Malvy gab Erklärungen über die Gründe für seinen Rücktritt ab.

*

Bisher ist noch keine Einigung über den Waffenstillstand in Marokko erzielt worden. Den französischen und spanischen Delegierten sollen persönliche Instruktionen zugegangen sein.

Letzte Meldungen.

Stresemann in Düsseldorf.

Düsseldorf, 22. April. (R.) Der Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann ist heute früh kurz nach 8 Uhr in Düsseldorf eingetroffen.

Das Spiritusmonopol.

In der Finanzkommission des Sejm hat der Abgeordnete Drewnowski vom Nationalen Volksverband über das Spiritusmonopol berichtet und eine Reihe von Entschließungen vorgetragen. Diese Entschließungen gehen darauf hinaus, die Ausdehnung des vollen Spiritusmonopols auf diejenigen Wojewodschaften, in denen es nicht angewandt worden ist, aufzuhalten. Ferner weitere Investitionen im Spiritusmonopol einzustellen, die Staatsmonopolgeschäfte aufzulösen und sie Privatunternehmern und Invaliden zu übergeben, und das Gesetz über das Spiritusmonopol zu novellisieren.

Brand eines Tankschiffes in Rotterdam.

Rotterdam, 22. April. (R.) Gestern nachmittag geriet aus noch nicht aufgeklärter Ursache ein im hiesigen Hafen liegendes Tankschiff, das teilweise noch mit Petroleum und Benzin beladen war, plötzlich in Brand, der die gesamten angrenzenden Hafenanlagen in große Gefahr brachte. Einem gerade vorüberkommenden Schleppdampfer gelang es trotz der großen Hitze und der drohenden Explosionsgefahr, das brennende Schiff in die Mitte des Flusses zu schleppen, wo es fast vollkommen ausbrannte. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen.

Aufruf zur Finanzrettung Frankreichs.

Der Erzbischof von Paris, Kardinal Dubois, hat einen Aufruf zur Rettung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Frankreichs erlassen. In diesem Aufruf wird betont, daß der Franken unbedingt gerettet werden müsse, und daß jeder Franzose, soweit es in seinen Kräften stünde, ebenso dazu beitragen müßte, wie damals, als Paris die deutsche Welle bedrohte.

Mussolinis Dementi.

Mussolini hat an die türkische Regierung eine Note gesandt, in der er ganz entschieden ableugnet, daß Italien die Absicht hätte, die Türkei anzugreifen. Die Gerüchte hierüber seien ganz grundlos.

Unterbrechung der Friedensverhandlungen mit Marokko.

Paris, 22. April. (R.) Havas meldet aus Udjda: Die drei Delegierten für die Friedensverhandlungen trennten sich, ohne eine Einigung erzielt zu haben. Sie werden später wieder zusammentreten.

Zusammentritt der amerikanischen Schuldenkommission.

Washington, 22. April. (R.) Es ist bekanntgegeben worden, daß die amerikanische Schuldenkommission binnen kurzem zusammentreten wird, um die Frage der Fundierung der französischen Schulden an Amerika zu erwägen.

Erdstöße im Kubagebiet.

Moskau, 22. April. (R.) Im Kubagebiet wurden in den Städten Krasnodar, Maikop und Eisk und in dem Dorfe Popowitschewskaja nördlich von Krasnodar starke unterirdische Erdstöße verspürt. Mehrere öffentliche Gebäude wurden zerstört. Einige Häuser in den Städten und Dörfern weisen Risse auf. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen. Seit 47 Jahren hat in dieser Gegend kein Erdbeben mehr stattgefunden.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Firma gegründet 1896.

Grosse Ausstellung und Verkauf

echter Perser-Teppiche!

Jeder Liebhaber alter Teppichknüpf-Kunst besuche die Ausstellung: Kein Kaufzwang.

Hunderte echter Perser-Teppiche wie **Tebris — Mahal — Bocchara — Kirman — Schiras — Schirwan — Meris — Nibati — Kazach — Saruk** u. a. Darunter für Kunstfreunde mehrere alte Seidenteppiche von musealem Wert.
Für Echtheit der Herkunft übernimmt die Firma volle Garantie.

Nach erfolgtem Umzug und Vergrößerung meiner Teppich-Zentrale habe mich entschlossen, diesen großen Transport echter Perser als Reklame zu Preisen, die die Hälfte der jetzigen Marktpreise vorstellen anzubieten. — Seltene Gelegenheit, ein Prachtstück von wertbeständigem Kapital außergewöhnlich preiswert zu erwerben. Ein echter Perser war und bleibt der vornehmste Zimmerschmuck. — An jedem Stück befindet sich ein Plakat mit Angabe der Herkunft, der Größe und des Preises. — **Kulante Verkaufsbedingungen!**

KAZIMIERZ KUŻAJ, Poznań, ul. 27. Grudnia 9
Teppich-Zentrale. **Brücken — Vorleger — Gardinen — Decken — Läufer und Möbelstoffe.**

Français, English, Italiano, Polski, usw.
In der „Sprachenschule nach der Methode Berlitz" unterrichtet jeder Lehrer in seiner eigenen Muttersprache
Neue Kurse beginnen am 26. April.
Auskünfte und Anmeldungen täglich zwischen 10 Uhr vorm. u. 9 Uhr abends:
Poznań, św. Marcin 63, im Hofe rechts.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute nachmittag 1 Uhr wurde mein lieber Mann, unser treusorgender, guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der

Gutsbesitzer

August Furchheim

aus Mylin (Posen)

im fast vollendeten 76. Lebensjahr von seinem schweren Leiden durch den Tod erlöst.

Glogau, Skalmierowice, Kottwitz, Meseritz, den 20. April 1926.

Caroline Furchheim, geb. **Schulz,**
Otto Furchheim, Landgerichtsrat,
Anna Erxleben, geb. **Furchheim,**
Georg Furchheim, Rittergutsbesitzer,
Margarete Furchheim, geb. **Kessel,**
Emil König, Gutsbesitzer,
Fritz Erxleben, Rittergutsbesitzer,
Gertrud Furchheim, geb. **Schwedler**
und **15 Enkelkinder.**

Die Beerdigung findet am 24. April mittags 12 Uhr in Glogau von der Leichenhalle des neuen evangelischen Friedhofes aus statt.

Gut,
von 2—300 Mrg. **zu pachten gesucht.** Ang. unt. **946** an d. Geschäftsst. d. Blattes erb.

Kajpon
Kunstdünger für Pflanzenkulturen nach der neuesten Fachkunde **speziell** für **Topfpflanzen** zusammengestellt u. für Erhaltung derselben unentbehrlich und absolut unschädlich.
Zahlreiche Anerkennungen.
Erhältl. in Blumenhandlungen: Gartmann, Górna Wilda 92. A. Stawicka, św. Marcin 5. Greiser, Flora, 3-go Maja 3. Schubert, Wodna 25.
Marja Westphal, Glogowska 98.

Landwirtschaft
(privat) **zu kaufen** evtl. **zu pachten gesucht.** Anzahlung 16 000 Złoty. Ang. unt. **965** a. d. Geschst. d. Bl. erbeten.

Bekanntmachung.

Am **5. Mai 1926** um **4 Uhr nachm.** wird die **Jagd** auf dem Territorium der Gemeinde **Sowinki** meistbietend **verpachtet.** Jagdbedingungen sind vom 25. 4. bis 4. 5. 26 im Schulzenamt ausgelegt.

Sowinki, den 20. April 1926.

Ratajszczak
soltys.

ARMATUREN
für Dampf, Wasser und Gas aus Eisen, Stahl, sowie säurebeständigen Legierungen, für jeden Druck und Überhitzung.
St. Duchowski,
Ingenieurbüro.
Telephon 32-26 **Poznań** ul. Pocztowa 21.

Österreichische
DAIMLER MOTOREN
Fahrradfabrik
Weltberühmte Fahrräder
Marke „Puch"
Stets am Lager. Verkaufsstelle:
POZNAŃ, św. Marcin 48.
Telephon 15-58. Telephon 15-58.
Nur an Händler.

Achtung! Achtung!
Schneider-Werkstellen und Schneiderinnen!
Wir nehmen an Stoffe zu **Plissieren,**
" " " " " **Batik,**
" " " " " **Handmalerei,**
" " " " " **Handstickerei,**
" " " " " **Maschinenstickerei,**
" " " " " **Knöpfebezug.**
Sämtliche Aufträge werden spätestens in 3 Tagen erledigt.
Konfekcja Damska T. A., Poznań, ul. Wielka 27/29.

20 Stck. Mastvieh
von 10—14 Zentner **verkauft**
Dom. Chrząstowo, p. Nakło.

Suche für meine **Tochter,** Jüdin, 25 Jahre,
passenden Gatten in ges. Position
Off. mit Bild unt. **M. N. 964** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Hackmaschinen Hexe
Pflanzenhälfe Woolnough
alle Hackmesser offeriert
WOLDEMAR GÜNTER
Landmaschinen.
Poznań, Sew. Mielżyńskiego 6. Telephon 52-25.

Die ordentliche Generalversammlung

der Aktionäre

der Aktiengesellschaft Bank Cukrownictwa

findet am **Donnerstag, dem 20. Mai 1926, um 4 Uhr nachmittags** in Poznań im Sitzungssaale des **„Poznańskie Ziemstwo Kredytowe"** statt.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Versammlung.
2. Bericht des Vorstandes über den Vermögensstand der Gesellschaft und über die Erfolge des Rechnungsjahres 1925.
3. Vorlegung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung per 31. XII. 1925.
4. Bericht des Aufsichtsrats über die Prüfung der Jahresrechnungen.
5. Vorlesung des Protokolls der Revisionsgesellschaft „Powiernik" über die stattgefundene Revision.
6. Beschluß betr. Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1925.
7. Beschluß betr. Gewinnverteilung.
8. Beschluß über die Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats.
9. Festsetzung der Gebührnisse des Aufsichtsrats aus § 11 des Statuts für das Jahr 1925.
10. Wahl von 5 Aufsichtsratsmitgliedern im Sinne des § 8 der Statuten an Stelle der 5 Gelosten.
11. Beratung, evtl. Beschlußfassung über Anträge, welche dem Vorstande in der statutarisch vorgeschriebenen Frist zugegangen sind.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung werden sämtliche Aktionäre eingeladen. Das Recht der Teilnahme steht denjenigen Aktionären zu, die wenigstens nominell 25 000.— (fünfundzwanzig Tausend) poln. Mark-Aktien der Bank Cukrownictwa spätestens am fünften Werktage vor der Generalversammlung bis 6 Uhr abends bei unserer Zentrale in Poznań, oder bei unseren Filialen in Warszawa oder Lwów oder bei einem polnischen Notar hinterlegen, welch letzterer auch bescheinigen muß, daß die Aktien der Bank Cukrownictwa bei ihm bis zum Schlusse der Generalversammlung in Verwahrung bleiben werden.

Poznań, den 21. April 1926.

Vorstand der Bank Cukrownictwa
Spółka Akcyjna w Poznaniu.

Fräulein,
ausgebild. Gärtnerin für einen Landgarten sofort gesucht.
Zeugn. u. Gehaltsanspr. u. **958** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Kräftige, gutbewurzelte
Feigenbäumchen
in Töpfen abzugeben oder geg. veredelte Pomeranzenbäumchen einzutauschen bei
Gutsgärtnerei Markowice,
pow. Strzelno.

Verband für Handel u. Gewerbe
Poznań, ul. Skośna 8.
Offene Stellen:
Vertreter für **Maschinenfabrik** (Dampflufterhitzer, Kleindampfturbinen, Rippenrohre usw.)
Schuhmachermstr., mögl. led., Wohnung vorhanden.
Stellengesuche:
für Lehrling in mech. Werkstatt f. Lehrl. in Eisenwarengesch.

Pianino, Klavier, Flügel oder Harmonium.
gut erhalten, kaufe per Kasse. Näh. Ang., Fabrikat u. Preis u. **961** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Berufstätige Dame **sucht** per sofort oder 1. Mai
möbl. Zimmer
am liebsten im Zentrum Angeb. mit Preisangabe unt. **963** a. die Geschäftsst. dieses Blattes.

Das Non plus ultra aller Sprachmethoden.
Nicht zu übertreffen!

Prof. G. Langenscheidt.

4. 9. 1925. Ich weiß Ihre Methode sehr wohl zu schätzen und halte sie für das Non plus ultra aller existierenden Sprachmethoden. Ich bin 12 Jahre Professor der modernen Sprachen im Missions-Seminar zu Techny bei Chicago gewesen. Viele Methoden habe ich probiert und studiert, aber ich kehre immer wieder zu meinem Freunde zurück und das ist die Methode Toussaint-Langenscheidt.
Rev. R. G. Chicago, Illinois.

Solche und ähnliche Urteile über unsere Methode Toussaint-Langenscheidt gehen uns täglich zu.

Denken Sie einmal darüber nach: Wäre die Erlernung einer fremden Sprache nicht auch für Sie von Vorteil? Unzählige tausende haben bereits nach unserer glänzend bewährten Methode

Toussaint-Langenscheidt

gelernt und sich durch ihre Kenntnisse bedeutend verbessern können. Viele haben sich durch d. Erwerbung v. Sprachkenntnissen die Möglichkeit geschaffen, zu einem Berufe überzugehen, der ihnen höheres Einkommen und bedeutend größere Aussichten auf Vorwärtskommen bot.

Versäumen Sie auf alle Fälle nicht, sich unseren Unterricht anzuhören. Teilen Sie uns auf untenstehendem Abschnitt mit, für welche Sprache Sie Interesse haben. Wir senden Ihnen dann sofort eine Probelektion zu, portofrei, kostenlos u. ohne jede Verbindlichkeit für Sie. Ueberlegen Sie aber nicht lange, schreiben Sie heute noch.

Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt) Berlin-Schöneberg

Auf nebenstehendem Abschnitt nur die gewünschte Sprache u. Adresse genau angeben und in offenem Briefumschlag frankiert als „Drucksache" (6 gr) einsenden. Wenn Zusätze gemacht werden, nur als verschlossener Brief zulässig. Ist der Abschnitt bereits abgetrennt, so genügt es auch, wenn Sie uns unter Bezugnahme auf diese Zeitung sofort eine Postkarte schreiben.

Hier abtrennen.

Ich ersuche um Zusendung d. im Posener Tageblatt Posen angebotenen Probelektion d. ..... Sprache, kostenlos, portofrei und unverbindlich.

Name: .....

Beruf: .....

161a] Ort u. Str.: .....

Prozesse und Gesundung.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Zwei große Prozesse haben in Warschau in der letzten Woche die öffentliche Meinung aufs tiefste durchrüttelt. Bei einem Prozeß richtete es sich gegen einen Mann von überragendem Einfluß, dem früheren Postminister und Finanzminister Hubert Linde, der auch jetzt bis zu seiner Verhaftung an der wichtigen Position eines Leiters der Landespostsparbank, einer der bedeutendsten Faktoren des wirtschaftlichen Lebens Polens, war und der nun ermordet ist. Der andere Prozeß betraf ebenfalls einen Mann, der, wenn auch unterirdisch, recht einschneidend Moral und öffentliches Leben bewegte. Es ist dies ein gerissener und gewissenloser Greis Fuchs, dem es gelang, mit Hilfe seiner in einem an Durchstechereien reichen Leben mit seinen großen Geldmitteln ein ganzes Netz von Persönlichkeiten zusammenzuflechten, die alle in seinen Diensten standen und die die Aufgabe hatten, jüngere Leute künstlich zu Krüppeln zu machen, um sie dem Militärdienst zu entziehen. Hervorragende Persönlichkeiten, wie der Chefarzt Zapłatyński bei der Aushebungskommission, wurden zu Werkzeugen dieses schamlosen Mannes, der schon zu Zeiten des zaristischen Rußlands eine ähnliche Rolle gespielt hat, und dem es immer wieder dank seiner Schlauheit und seinen kühnen Bestechungsmethoden gelungen war, sich den Richtern und der Strafe zu entziehen. Wir haben schon öfters an dieser Stelle gesagt, daß es absolut kein Zeichen für den Verfall eines Staates sein muß, wenn Korruptionserscheinungen auftreten. Schlimm ist es nur, wenn die öffentliche Meinung allzu abgestumpft ist, um sich gegen die Verderbnis zur Wehr zu setzen oder wenn die Strafverfolgung vor der Macht und dem Einfluß einer Persönlichkeit zurückschreckt. Daß nun die Gerichte in Polen mit aller Entschiedenheit in den Fäulnisherd eingriffen und selbst die einflußreichen Männer, von denen soeben die Rede ist, zur Verantwortung gezogen werden, zeigt, daß sich Polen auf dem Wege der Gesundung befindet, und in dieser Erkenntnis soll man sich selbst durch die üblen Gerüche nicht irre machen lassen, die nun aus dem von den Gerichten aufgewühlten Sumpfe aufsteigen.

Hubert Linde hatte das große Verdienst, daß er schon kurz nach der Wiedergeburt Polens die Gründung der Landespostsparbank vornahm und sie in wenigen Jahren mit trefflichem Talent und Fleiß zu einem der bedeutendsten Wirtschaftsinstitute des Landes entwickelte. Leider entsprach die Festigkeit seines Charakters und die Kraft seiner moralischen Anschauung in keiner Weise seinem schöpferischen Talente. Schon als er Postminister war, machte man ihm den Vorwurf, daß er Serien von Briefmarken schuf, die er aber dann nicht in den Verkehr brachte, sondern privatim an Briefmarkenliebhaber verhandelte. Trotzdem wurde er vor drei Jahren wiederum in die Regierung, und zwar als Finanzminister, berufen, und nachdem das Kabinett gestürzt war, trat er wieder an die Leitung der Landespostsparbank. Es schien nun bei ihm allmählich die Auffassung sich festgewurzelt zu haben, daß die Gelder des kleinen Sparers, aus denen sich die Kapitalien der Bank zusammensetzen, sein persönliches Eigentum seien, mit dem er schalten und walten könne, wie es ihm beliebe. Er hat den ihm am nächsten stehenden Beamten und seinen Freunden garantielose Darlehen gegeben, die sich ihrer ganzen Form nach fast wie Geschenke ausnahmen.

Sein Bruder Marian wünschte das Kindersanatorium von Sierociniec zu erwerben, und Hubert Linde war es, der ihm die nötigen Gelder zur Verfügung stellte. Er ließ durch Dunkelmänner ein Haus in Lodz für die Postsparbank zu einem teuren und den wahren Wert übersteigenden Preis ankaufen, das die Bank nicht nötig hatte. Der Vermittler Bau steckte hohe Provisionen ein, und es bleibt ungeklärt, weshalb Linde dieses unvorteilhafte Geschäft vornahm. Ebenso verdächtig bleibt der Ankauf des Hotels Ritz in Białystok. Noch schädigender für die Bank, und also auch für den Staat, war der Ankauf von Eisenbahnobligationen des ehemalig österreichischen Galiziens zu einem Preise, der um das Dreifache den damaligen Kurs auf der Wiener Börse übertraf. Hierbei war es Linde ganz gleichgültig, ob die Vorbesitzer dieser Papiere Polen waren oder nicht, so daß er zu einem wahren Schmuggel von fremden Obligationen zugunsten ihrer Besitzer und zum Schaden der polnischen Finanzen aufforderte. Genau so schlimm war die Beleihung von ganzen Paketen rumänischer Effekten weit über ihren Wert hinaus. Die Anklagerede des unerschrockenen Staatsanwalts Rudnicki war vernichtend für Linde. Nichts schien mehr zu retten, trotzdem er sich der mächtigen Unterstützung jener Kreise der Rechten und der Piasten erfreute, die den Minister ihres ehemaligen Kabinetts gern von Schuld freigewaschen gesehen hätten. Heute, am Montag, sollte das Urteil gegen ihn fallen. Da erhob am Ausgang des Gerichts ein Infanterieunteroffizier namens Trzmielewski, die Pistole, und knallte den ohnedies verlorenen Mann nieder. Ein übler Vorgang. Vor einem Jahre etwa sollten die beiden verräterischen polnischen Offiziere Bagiński und Wieczorkiewicz, die bereits zum Tode verurteilt waren, als Austauschgefangene an Rußland ausgeliefert werden. An der Grenze harrten schon klopfenden Herzens die armen Polen, die in den Kerkern der Bolschewisten geschmachtet hatten, und die nun im Austausch ihre Freiheit wiedererlangen sollten. Da schoß dicht vor der Grenze ein dem Trunke ergebener Wachtmeister kurzerhand die beiden polnischen Gefangenen über den Haufen und brüstete sich noch eitel seiner „patriotischen" Tat.

Dieser Feldwebel erhielt eine solch unerhebliche Strafe, von der noch die Untersuchungshaft abgezogen wurde, daß man moralisch von einem Freispruch sprechen konnte. Dieses Gerichtsurteil hat nun seine üblen Früchte getragen, und wieder hat ein tölpelhafter Unteroffizier krachend in das Justizwesen des Staates eingegriffen. **Es ist zu erwarten, daß diesmal die Gerichte mit strenger Bestrafung diesem gefährlichen Unfug ein Ende machen werden.**

Zur Genossenschaftsbewegung.

Der Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften in Deutschland teilt interessante Zahlen über die Genossenschaftsbewegung im ersten Vierteljahr 1926 mit. Danach wurden 463 Genossenschaften neugegründet, während sich 702 auflösten. Das ergibt einen Abgang von 239 Genossenschaften gegenüber einem Reinzugang von 324 Genossenschaften in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Unter den Abgängen befanden sich 200 Genossenschaften, die von den Gerichten wegen Nichtumstellung ihres Geschäftsbetriebs auf Goldmark für nichtig erklärt wurden. 39 Genossenschaften haben sich mit anderen verschmolzen, darunter 17 Spar- und Darlehnskassenvereine, 5 Warenein kaufsvereine und 8 Konsumvereine. 55 Genossenschaften meldeten Konkurs, darunter je eine städtische und ländliche Kreditgenossenschaft, 5 landwirtschaftliche Bezugsgenossenschaften, 22 gewerbliche Genossenschaften, 9 Konsumvereine, 4 Beamten-Wirtschaftsvereine und 3 Baugenossenschaften. Über 11 Genossenschaften wurde die Geschäftsaufsicht verhängt. Nach den Auszählungen des Statistischen Reichsamts beläuft sich die Gesamtzahl der am 1. April 1926 im Deutschen Reich vorhandenen eingetragenen Genossenschaften auf 52 201, und zwar:

2 076 städtische gewerbliche Kreditgenossenschaften,
20 342 ländliche Darlehnskassenvereine,
18 033 Genossenschaften landwirtschaftlichen Charakters,
4 487 Genossenschaften gewerblichen Charakters,
2 074 Konsumvereine,
3 913 Wohnungs- und Baugenossenschaften,
262 Vereinshäuser,
1 014 sonstige Genossenschaften.

Unter die Gründungen von Kreditgenossenschaften fallen auch mehrere offenbar von Sparer-Schutzverbänden ausgehende Gründungen. So wurden gegründet:

1. Mitteldeutsche Sparer-Schutz- und Trutzbank in Halle a. S.,
2. Sparer- und Rentnerbank für Westfalen und Lippe in Münster i. W.,
3. Sparerschutzbank Thüringen in Weimar,
4. Schutzbank für Sparer und Rentner in Magdeburg.

Die Republik der Wolgadeutschen.

Auf Einladung der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. sprach der Präsident der Sowjet-Republik der Wolgadeutschen, Herr Johannes Schwab, der sich mit einigen Herren seiner Umgebung auf einer Studien- und Propagandareise durch Deutschland befindet, über die Verhältnisse der Republik. Er schilderte die Entstehung der deutschen Wolgakolonien. Die Wolgarepublik umfaßt in ihrer heutigen Gestalt zu beiden Seiten der Wolga ungefähr die früheren Gouvernements Saratow und Samara — nahezu so groß wie Belgien. Von den rund 600 000 Bewohnern sind 67 Prozent Deutsche, 17 Prozent Russen, 9 Prozent Ukrainer, 7 Prozent Tataren, Kirgisen usw., die in einem rein-russischen, 9 rein-deutschen und 4 gemischtrassigen Kantonen leben.

Im Nationalitätenrat hat die Republik fünf Vertreter. Die Justiz ist autonom, ein selbständiger Oberster Gerichtshof ist geschaffen. Staatssprachen sind Deutsch und Russisch, Gerichtssprache ist Deutsch. Die unbehinderte Pflege kultureller Aufgaben und Ziele scheint völlig gewährleistet. Mit bewundernswerter Energie und einer Begeisterung gerade für nicht materielle Dinge gingen die Wolgadeutschen an den Ausbau ihres jungen Staatswesens. Im Budget sind nicht weniger als 40 Prozent für das Bildungswesen und 21,2 Prozent für das Volksgesundheitswesen ausgeworfen.

Die Grundschule (Schulen 1. Stufe) ist heute bereits deutsch und bietet in mehr als 300 Anstalten 60 Prozent der Kinder Lernmöglichkeit. Bis 1933 soll der Lehrernachwuchs sichergestellt und allgemeine Schulpflicht durchgeführt sein. Bei den höheren Schulen (Schulen 2. Stufe) geht es langsamer voran. Für diese fehlt es infolge der hemmenden Russifizierung früherer Zeit in erster Linie an Schülermaterial. Von den bestehenden 16 Anstalten dieser Art sind daher bis jetzt nur 6 rein deutsch. Aber auch in den übrigen werden deutsche Kinder unterrichtet. Von Moskau werden drei Fachschulen unterhalten: ein Textil-, ein Mechaniker- und ein Landwirtschaftliches Technikum. Eine eigene Pädagogische Akademie konnte bereits zwei Jahrgänge gut durchgebildeter Lehrer entlassen, die den vorläufigen Bedarf decken. Alle Schulausgaben gehen zu Lasten des Staates, während sie früher von den Gemeinden getragen werden mußten. An Universitäten studieren jetzt 230 deutsche Wolga-Kolonisten, gegenüber 10 bis 20 in der Zarenzeit.

Auf volksgesundheitlichem Gebiet sind schwere Sünden gutzumachen. Die Russifizierungspolitiker errichteten Krankenhäuser und ärztliche Stationen mit bewußter Absicht nur in russischen Dörfern. Systematische Hebammenausbildung fehlte ganz. Viel ist schon nachgeholt, vieles bleibt noch zu tun übrig. Deutsche Fachleute werden herbeigewünscht.

Dem Mangel an Beamten, die der deutschen Sprache mächtig sind, wird energisch abgeholfen. Der untere Verwaltungsapparat wurde im Laufe der letzten Jahre bereits vollkommen verdeutscht. Weiterer wirtschaftlicher Aufstieg und Zuzug deutscher Arbeitskräfte sind jedoch Vorbedingung für baldige restlose Durchführung des Begonnenen.

Früher besaßen die Gouvernements Saratow und Samara nur eine einzige Zeitung. Heute erscheinen im eigenen Staatsverlag deren drei neben zwei Zeitschriften. Im übrigen versorgt dieser Verlag auch das Deutschtum außerhalb der Wolgarepublik mit Schulbüchern und populär-wissenschaftlicher Literatur.

Die Wirtschaftslage der Republik hängt ab vom Ergehen der Landwirtschaft, die auf 94 000 bäuerlichen Anwesen 90 Prozent der Gesamtbevölkerung beschäftigt. Nur in wenigen Dörfern macht das nichtbäuerliche Element bis zu 33 Prozent aus. Auf der „Bergseite" westlich der Wolga ist zum Beispiel die Hausindustrie verhältnismäßig stark entwickelt. Kriegs- und Hungerjahre, besonders 1920/21, warfen den Ackerbau weit zurück. Seit 1922 jedoch ist ein stetiger Aufstieg zu verzeichnen, den selbst die große Mißernte von 1924 nicht mehr aufzuhalten vermochte. Von 1924 bis 1925 hat die Ansaatfläche um 2,3 Prozent zugenommen. Für 1926 rechnet man mit einer weiteren beträchtlichen Steigerung. Das Hauptgetreide, der Weizen, zählt zum besten Europas. Auch die technischen Kulturen sind im Aufschwung. Der Tabakbau ergab zuletzt einen Überschuß von 8 Millionen Pud (130 Millionen Kilogramm). Zurzeit laufen 300 Traktoren gegen acht vor dem Kriege.

Der Übergang zum gemischtwirtschaftlichen Betrieb macht Fortschritte. Der Gesamtviehbestand hat sich 1924/25 von 647 000 auf 741 000 Stück, also um mehr als 14 Prozent erhöht. Damit gingen Steigerung der Graswirtschaft und Intensivierung der früher ausgesprochen extensiven Wirtschaft Hand in Hand. Neben Weizen und Roggen werden mehr und mehr auch Hackfrüchte, Kartoffeln, Mais, Sonnenblumen, Lein und Hanf angebaut. In Verbindung mit den „Landwirtschaftlichen Kooperativen", Genossenschaften, die Absatz und Umsatz besorgen, bemühte sich das Kommissariat für Landwirtschaft mit gutem Erfolg, die nötigen Sämereien (Selektionssamen) in der Kolonie selbst zu gewinnen. Bis 1928 glaubt man den ganzen Saatgutbedarf decken und später sogar Überschüsse ausführen zu können.

Im Zusammenhang mit der Hebung der Viehwirtschaft hat eigene Initiative der Kolonisten Molkereien und Käsereien geschaffen.

Die Industrie macht auf manchen Gebieten sogar schnellere Fortschritte als die Landwirtschaft. Die Textilindustrie verarbeitet, hauptsächlich als Hausindustrie, noch vorwiegend eingeführte Rohstoffe und ist auf 80 Prozent der Vorkriegsproduktion angekommen. In Tabakfabriken wird schon rund die Hälfte des angepflanzten Tabaks verarbeitet. Die Ölmühlenindustrie gewinnt infolge Sonnenblumen- und Leinkulturen immer mehr an unmittelbarer Bedeutung. Auch die Lederindustrie hat eine gute Zukunft, da die benachbarten Kirgisen als Viehzüchter bequemen Häutebezug gestatten. Dagegen konnte die Mühlenindustrie, die ganz besonders

Der moderne Mensch
nimmt genug Reizmittel in sich auf, er sollte wenigstens in einem klug sein:
regelmäßig
Kathreiners Kneipp Malzkaffee
trinken!

Copyright by August Scherl G. m. b. H., Berlin SW 68.

Spatenrecht.

Roman von Sophie Kloerss.

(17. Fortsetzung). (Nachdruck verboten.)

Lützelberger trat ein wenig zur Seite, bis Almut die Bremer begrüßt, dann rief sie ihn heran.

„Dies ist er, Herr Wullenbarg, von dem Ihr schon gehört habt. Der neue Herr auf dem Thedingshof." Ihre Stimme war ganz fest, als sie es sagte. „Und er ist dem Hof ein guter und tüchtiger Herr."

Der Kaufherr bot vom Pferde herab die Hand. „Eala freya Fresena. Wir sind in meinem Hause wohlunterrichtet von dem, was hier in Butensiel sich ereignet. Jan Reimers, der zwischen Gretsiel und Bremen fährt, bringt uns alle Wissenschaft in das Haus."

„Ich kenne Jan Reimers nicht."

„Seid versichert, er Euch um so besser. Wir haben viel den Kopf geschüttelt, als er berichtete, ein vertriebener Prädikante sei Bauer geworden auf dem Thedingshof. Aber," es klang wie Beifall, „Ihr habt nichts vom Prädikanten an Euch."

Lützelberger hob den Kopf und maß den behäbigen, blonden Mann mit festem Blick. Da wehrte der mit den Händen.

„Doch, doch, — ich sehe ihn in Euren Augen. Ihr schaut mich an, als wolltet Ihr Herz und Nieren prüfen. Was willst Du denn, Thilde?"

Das Mädchen, das in Männerart zu Pferde saß, hatte den dunklen, kurzen Mantel von sich geworfen und schien absteigen zu wollen.

„Hilf mir, Thedingsbauer," sagte es herrisch und doch mit einem kleinen schmeichelnden Blick, „ich will die letzte Strecke mit der Almut gehen."

Lützelberger hob sie, die leicht war wie ein Püppchen, aus dem Sattel. Der Knecht, der zweite Reiter, griff nach dem Zügel des ledigen Pferdes, der Kaufherr setzte seinen Rappen wieder in Trab, und hinter den beiden Reitern wanderten jetzt drei fröhliche Menschen der Wurt zu.

Thilde Wullenbarg schwatzte wie ein munterer Star. Das Röckchen von feinstem blauen Tuch, beim Reiten hochgeschürzt, hatte sie niedergelassen, hielt es aber mit der einen Hand, um es vor dem Staub des Weges zu schützen, die Füße in zierlichen Schuhen aus grauem Leder mit Pelz besäumt, wurden sichtbar, und diese Schuhchen tanzten förmlich auf der Straße.

„Ich möchte gar nicht mehr reiten. Wenn es nicht um Dich gewesen wäre, Almut. — Aber Du kommst ja nimmer nach Bremen. — Der Vater will auf Vieh handeln, das fett werden soll auf Euren Fennen. Zum Herbst kommt der König von Dänemark nach Bremen, sagt man, da muß die Stadt gerüstet sein für ihn und seine Leute.

Habt Ihr viel Vieh? Nur fünf Kühe? Und das ist noch nicht einmal was Rechtes? Heiliger Nepomuk!" Sie fuhr sich mit der Hand über den Mund. Sie konnte diese unwillkürliche Anrufung der Heiligen immer noch nicht lassen, so viel der Vater darüber schalt. Die Mutter war aus dem Rheinland gewesen und hatte noch den alten Glauben gehabt. Da war das mit dem Kinde aufgewachsen.

„Vor zwei Tagen sind wir abgefahren von Bremen," schwatzte sie schon weiter, nachdem ihr ein schneller Blick gezeigt, daß der ehemalige Pfarrer ihren Ausruf nicht groß beachtet hatte. „Mit Hinnerk Byströms Schoner. Der fährt auf England. Bei Brake mußte er stilliegen, weil die Flut kam. Das hatte der Vater erwartet. Da gingen wir an Land. Da wartete der Knecht mit den Pferden. Die Nacht blieben wir bei Langehorn in Brake. Sie waren gastfrei und tischten schöne Dinge auf, aber sie waren mundfaul wie die Fische, und wenn ich ein Wort sprach, starrten die Weiber mich an gleich einem Meerwunder.

Gestern ritten wir auf Stollhamm und heute früh hierher.

Der Vater war es erst nicht zufrieden, daß ich mit ihm durch das Land reiten wollte, aber allein daheim sitzen mit dem Ohm Magister — —" eine Grimasse sagte das übrige.

Daß beide Gefährten schweigsam wanderten, schien dem Mädchen nicht aufzufallen. Es sprudelte seine Rede heraus wie ein Bächlein, das selbst in der tiefsten Einsamkeit vor sich hin kichert und schwatzt.

Almut, an diese Art nicht mehr gewöhnt, mußte sich erst wieder hineinschicken und ihre Gedanken darauf einstellen, den hastigen Worten ebenso hastig zu folgen.

Lützelberger aber hörte wenig auf die Dinge, die da berichtet wurden. Ihm klang nur die sprudelnde Rede in den Ohren und mahnte ihn an eine, die drunten im Münsterland seit zwei Jahren in der Erde lag. Der war das Wort auch so schnell gegangen wie Lerchengetriller, und immer einmal unter dem Reden war sie ihm in die Haare gefahren: „Ob Du hörst, Du Eichklotz? Müd' kann man sich schwätzen um Dich, und unterweilen sinnierst Du über Deine eigenen Sachen."

Ach, um die kleine feste Hand und ihren herzhaften Griff!

Er riß sich zusammen.

Vergangen war alles, was Jugend und Liebe und Heimat geheißen, und ein Neues stand um ihn und forderte den ganzen Mann.

Die Brückenbohlen knarrten, wie sie drüber hingingen. Der warme erste Frühlingssonnenschein dehnte das alte Holz, und es wachte ein Erinnern auf in ihm an jene Tage, da es in einem fernen Walde, wo kein Meerbrausen war und kein ewiges Wassertreiben ringsum, frühlingsgrün und jung zum Licht gestrebt hatte.

Was war geblieben von jener Zeit? Nur das himmlische Licht, das auf die alten Bohlen die gleiche Wärme niedergleiten ließ wie auf den jungen Eichbaum. — — —

Es wurde ein munterer Tag auf dem Thedingshof, ein Tag, wie ihn Ludolf Lützelberger zwischen den steifen, ehrenfesten Friesen nicht erwartet.

Thilde Wullenbarg wußte Leben in die schwerblütigen Menschen zu bringen. Seit sie einmal drei Wochen bei Almut zu Gast gewesen, war sie — obgleich damals noch ein Kind — doch den jungen Leuten im Gedächtnis geblieben.

(Fortsetzung folgt.)

gelitten hatte, es erst wieder auf 25 Prozent der Vorkriegsbeschäftigung bringen. Auch die Holzindustrie arbeitet sich nur langsam wieder hoch. Erwähnt sei noch, daß eine Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen gebaut wurde, die mit den neuesten deutschen Maschinen ausgestattet ist, den Bedarf der Republik aber noch nicht befriedigen kann. Neben ihr leisten zwei kleinere Fabriken die notwendigen Reparaturen. Anlage elektrischer Kraftstationen und Ausbau der Hafenanlagen in der Hauptstadt Pokrowsk wirken allgemein wirtschaftsfördernd. Eine überragende Rolle für das gesamte Wirtschaftsleben spielt die Deutsche Wolgabank, die landwirtschaftliche und industrielle Betriebsmittel beschafft, Getreidehandel und Saatgutankauf finanziert.

Auf engere Beziehungen zu Deutschland setzt man starke Hoffnungen. Nach Ansicht des Präsidenten Schwab bietet die Außenhandelspolitik der Sowjets schon jetzt durchaus die Möglichkeit vielfältiger Verbindungen.

Mussolini wieder in Rom.

Deutschland und Italien.

Als Mussolini am Sonnabend nachmittag von seiner Reise nach Tripolis heimkehrte und in Gaeta das Kriegsschiff „Cavour" verließ, bereitete ihm die Bevölkerung einen glänzenden Empfang, der sich abends in Rom wiederholte. Mussolini hat seine Arbeit wieder aufgenommen. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Grandi, hat ihm schon während der Eisenbahnfahrt Vortrag gehalten; dann folgte der Innenminister Federzoni, der ihm über die schwierige Frage der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft berichtete. Ende dieser Woche kommt Mussolini nach Mailand, um in öffentlicher Feier die Mailänder Messe zu schließen und sich für einige Tage wieder bei seiner Familie aufzuhalten.

Die Mailänder Presse hebt übereinstimmend den herzlichen Ton hervor, der bei den deutsch-italienischen Festlichkeiten anläßlich des Besuchs des Botschafters Freiherrn v. Neurath auf der Mailänder Messe geherrscht habe. Die freundliche, ja freundschaftliche Stimmung wird nicht nur durch gegenseitige Sympathie zwischen Messeleitung deutscher amtlicher Vertretung und zwischen dem Messepräsidenten Nava — dem ehemaligen Wirtschaftsminister, unter dem der Handelsvertrag im vorigen Jahre verhandelt worden ist — und Freiherrn v. Neurath veranlaßt, sondern gewiß auch dadurch, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die jetzt Italien zu überschatten beginnen, von Deutschland nicht verschuldet sind, während die Schutzzollbewegung in den anderen Ländern, die Valutaentwertung Frankreichs und Belgiens mit ihrem Wettbewerb auf dem inländischen und ausländischen Markte täglich in den Zeitungen erörtert werden. Der Beschäftigungsgrad der italienischen Industrie ist im Augenblick zwar noch gut, aber Zeichen von Unsicherheit sind schon zu spüren. Die Seidenindustrie macht eine ernste Krise durch, die übrige Textilindustrie ist zwar zum großen Teil noch gut beschäftigt, aber die Aufträge laufen nicht mehr so gut ein wie im Vorjahre. Die Ausfuhr nach Südamerika und dem Orient geht schon zurück, einerseits wegen des Sinkens der Kaufkraft an den einzelnen Plätzen, andererseits, weil die englische Industrie, vor allem Manchester, wieder in Wettbewerb treten könne infolge der Preissteigerung, die sich in den letzten Monaten in immer stärkerer Weise in Italien bemerkbar gemacht hat. Die italienische Automobilindustrie ist immer noch in der Ausdehnung begriffen und Fiat hat in der letzten Zeit bereits Preisabschläge vorgenommen, die durch die verbilligte Herstellung verursacht sein können, was aber nicht gewiß ist.

Der deutsche Botschafter Baron v. Neurath hat gestern in Mailand den Reichspavillon in Anwesenheit der deutschen Kolonie und der Spitzen der italienischen Provinz- und Stadtbehörden, sowie der höheren Offiziere eingeweiht. In den Reden, die zwischen ihm und dem Messepräsidenten Nava gewechselt wurden, kam vor allem der Gedanke zum Ausdruck, daß die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zum Wohle beider Länder auszubauen, was, wie namentlich der Exminister Nava hervorhob, die sichere Grundlage zur Förderung aller übrigen Beziehungen bilde. Nach den Reden folgte ein Empfang, und abends gab die Messeleitung ein offizielles Bankett zu Ehren der deutschen Gäste.

Die bolschewistische Propaganda unter den Arbeiterinnen Westeuropas.

Bekanntlich findet auf Initiative der Kommunistischen Internationale in der Sowjetpresse die Veröffentlichung von Briefen deutscher, französischer und anderer westeuropäischer Arbeiterinnen statt. Zum Wort kommen natürlich nur Kommunistinnen, die die Zustände in den Fabriken Westeuropas denkbar trostlos schildern und, wie mehrfach einwandfrei festgestellt werden konnte, direkte Lügenmeldungen verbreiten. Aus Sowjetrußland dagegen treffen an diese kommunistischen Briefschreiberinnen Briefe russischer Arbeiterinnen ein, natürlich auch nur Briefe von Kommunistinnen, in denen die Zustände in der Sowjetunion verherrlicht werden und konsequent alles Ungünstige in der Lage des russischen Proletariats verheimlicht wird.

Jetzt ist in Moskau ein kleines Buch erschienen, das den Titel führt: „Briefe der Arbeiterinnen des Westens". Zusammengestellt ist dieses Büchlein, das 32 Seiten stark ist, von der Kommunistin Pojarskaja. Das Buch ist im „Verlage für Mutterschaft und Säuglingsfürsorge" erschienen und kostet nur 25 Kopeken, da es für kommunistische Propagandazwecke dienen soll und dem russischen Proletariat eine wahrheitswidrige, grob entstellte Schilderung der Lage des westeuropäischen Proletariats geben soll.

In der Moskauer „Prawda" wird das erwähnte Buch begreiflicherweise sehr beifällig besprochen. Die bolschewistische Zeitung heuchelt Entsetzen über die furchtbaren Zustände, unter denen die Arbeiterinnen Westeuropas leben müssen, dabei weiß natürlich die bolschewistische Zeitung ganz genau, daß es sich hierbei um bestellte Arbeit handelt, und daß ein großer Teil der in dem Buche enthaltenen Behauptungen bewußte kommunistische Lügen sind. Mit Entsetzen wird in der Buchbesprechung der „Prawda" die folgende Stelle aus einem Briefe einer deutschen Arbeiterin angeführt:

„Wenn wir eine Erhöhung des Lohnes fordern — schreiben die Arbeiterinnen der Siemens-Werke (Deutschland) — erhalten wir folgende Antwort: Wenn Euch dies zu wenig ist, könnt Ihr Euch von hier fortpacken. Am Abend auf der Straße könnt Ihr mehr verdienen."

Ferner zitiert die „Prawda" folgende Stelle aus einem Briefe einer Arbeiterin des Osram-Werkes in Berlin:

„Bei uns im Betriebe gibt es weder einen Arzt noch eine Apotheke, und als eine von unseren Arbeiterinnen sich schlecht fühlte und einer unserer Arbeiter in eine benachbarte Apotheke nach Arznei lief, wurde er hierfür entlassen."

Die „Prawda" lobt die kleine Hetzschrift über alle Maßen und versichert, daß der einzige Trost und die einzige Hoffnung der westeuropäischen Arbeiterschaft die Briefe bildeten, die sie aus der Sowjetunion erhielten. Ferner verlangt die bolschewistische Zeitung, daß der begonnene Austausch von Briefen zwischen den Arbeiterinnen der Sowjetunion und Westeuropas unbedingt weiter entwickelt und vertieft werde. Man kann also mit Sicherheit erwarten, daß die kommunistische Hetze bei den Arbeiterinnen der Betriebe mit neuer und verstärkter Kraft einsetzen wird. Wahrscheinlich auch bei uns in Polen.

Die Ausfallbürgschaft bei deutschen Lieferungsgeschäften nach der Sowjetunion

hat nun ihre endgültige Regelung gefunden, deren Einzelheiten in den nächsten Tagen im deutschen „Reichsanzeiger" bekanntgegeben werden. Die generelle Finanzierung des Gesamtkredits von 300 Millionen, auf die sich die öffentliche Bürgschaft des Reichs bis 85 Prozent, des beteiligten deutschen Einzellandes bis 25 Prozent, also bis zur Höhe von zusammen 60 Prozent, unter 20prozentiger Vorhaftung des Lieferanten für die verbleibenden 40 Prozent, bezieht, ist freilich bisher noch immer nicht gelungen, weil bisher keine Einigung der deutschen Banken mit der Moskauer Regierung über die Zinsbedingungen zustande gekommen ist. Die deutsche Exportindustrie kann aber unter Beihilfe ihrer Bankverbindungen ein geeignetes Lieferungsgeschäft auch privatim finanzieren, wozu bei der Großindustrie starke Neigung bestehen soll.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 22. April.

Flurschäden durch Haustiere.

Eine Unsitte, die überall beobachtet werden kann, ist das unbeaufsichtigte Herumlaufen von Katzen und Hunden auf den Feldern. Wohl die wenigsten machen sich einen Begriff von dem Schaden, den diese herumstrolchenden Räuber besonders der Niederjagd zufügen. Die Hasen finden weder bei Tage noch bei Nacht Ruhe und verziehen sich in Gebiete, wo sie weniger beunruhigt werden. Die Rebhühner haben hauptsächlich unter den Katzen zu leiden, die schon die Gelege vernichten und unter der jungen Brut schrecklich aufräumen. Dieser Übelstand herrscht besonders in Gemeindejagden, die meist zu Preisen verpachtet sind, die zu dem Wert in keinem Verhältnis stehen. Der Pächter sieht sich dann in der Jagdzeit in seinen Hoffnungen getäuscht.

Die Hunde- und Katzenbesitzer ahnen vielfach gar nichts von dem nächtlichen Treiben ihrer Haustiere, da sie bei Tagesanbruch meist wieder zu Hause sind, bis eines Tages ein Hund oder eine Katze von einer Streife nicht mehr zurückkehrt. Der Jagdberechtigte hat den vierbeinigen Räuber unschädlich gemacht, wozu er nach der Jagdordnung berechtigt ist.

Einerseits können dadurch die Hunde- und Katzenbesitzer vor Schaden bewahrt werden, zumal mancher sonst vorzügliche Hühnerhund und mancher brauchbare Mäusefänger auf diese Weise des Todes entgeht, und andererseits auch der Jagdpächter einige Freude an seiner teuer bezahlten Jagd haben kann. Und schließlich könnte manches Stück Wild, das sonst Hunden und Katzen zum Opfer gefallen wäre, der Allgemeinheit zurückgeführt werden.

Ein Hofhund aber, der des Nachts nicht auf dem Hofe ist, sondern bummelt, und eine Katze, die, anstatt im Hause Mäuse zu fangen, auf den Feldern auf Rebhühner und Junghasen jagt, ist nicht wert, daß man sie füttert.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrigen Beratungen des Stadtparlaments brachten als wichtigstes Ereignis einen kleinen Abstimmungssieg der Linken bei der Vorlage über die Auflösung der Tischlerwerkstätten in der Gasanstalt, die vom Stadtv. Libera verlangt wurde, der sein Verlangen damit begründete, daß die Gasanstalt andere Aufgaben hätte, als mit Privatunternehmern gleichsam in Wettbewerb zu treten. Die Christl. Demokratie sah sich aus schwerwiegenden Parteiinteressen gezwungen, nicht mit der Schwesterpartei zusammenzugehen, und so entstand denn eine Linksmehrheit gegen die Auflösung.

Der zweite wichtigere Punkt war die Gewährung einer Unterstützung von 20 000 zł an das Neue Theater (Teatr Nowy), die vom Stadtv. Ballenstedt in erster Linie mit kulturellen Rücksichten begründet wurde. Mit der Unterstützung ist eine Steuererleichterungsklausel verbunden. Von der Christl. Demokratie wurde eine Bestimmung über Verwaltungseinsicht gefordert, fiel aber ziemlich ab.

Den Fachbeamten des Magistrats wurde eine 50prozentige Zulage bewilligt. Es soll sich um 147 Angestellte handeln.

Geldüberweisungen von Deutschland nach Polen.

Für Geldüberweisungen nach Polen gibt es drei Möglichkeiten: 1. die Überweisung durch eine Bank. Dieser Weg empfiehlt sich bei Überweisung von größeren Beträgen nach größeren Orten in Polen; 2. die Überweisung durch eine deutsche Bank an die Polnische Postsparkasse (Pocztowa Kasa Oszczędnosci). Dieses Verfahren empfiehlt sich, falls die Auszahlung in kleinen Provinzorten Polens erfolgen soll und andererseits kein Wert darauf gelegt wird, daß effektiv ausländische Valuta gezahlt wird. Von der Polnischen Postsparkasse werden derartige Überweisungen nach dem Tageskurs in Zloty ausgezahlt. Auszahlung in Auslandsvaluten findet nicht statt; 3. die Übersendung von Geld in Wertbriefen. Die polnische Postverwaltung haftet bis zur Höchstgrenze von 10 000 Zloty (Papierzloty), und zwar sowohl im Falle des Verlustes des Wertbriefes, als auch im Falle seiner Beraubung. Diese Haftung tritt bei Sendungen aus dem Auslande jedoch nur dann ein, wenn der Inhalt des Wertbriefes durch die ausländische Postbehörde amtlich festgestellt worden ist. Eine Überweisung von Geld aus Deutschland nach Polen durch Postanweisung ist unzulässig.

⚔ **Keine Annahme von Post- und Telegraphenanwärtern.** Die Post- und Telegraphendirektion in Posen gibt bekannt, daß wegen der angeordneten Reduktion des Personals in der Post- und Telegraphenverwaltung bis auf Widerruf die Annahme neuer Kandidaten zum Post- und Telegraphendienst eingestellt wird. Gesuche um Aufnahme im hiesigen Direktionsbezirk werden nicht berücksichtigt und bleiben unbeantwortet.

⚔ **Wichtig für Handwerkerlehrlinge.** Die Handwerkskammer in Posen macht folgendes bekannt: Zur Vermeidung von Irrtümern und zur Erleichterung der Formalitäten wird mitgeteilt, daß die Zurückstellung vom Militärdienst ausschließlich nur solche Handwerkslehrlinge erhalten, die bei Innungsmeistern beschäftigt sind. Solche Lehrlinge, die in Fabriken oder bei zu keiner Innung gehörenden Meistern arbeiten, werden hierbei nicht berücksichtigt, und es sind Anträge derselben auf Zurückstellung zwecklos.

⚔ **Schont die Vogelnester!** Kaum zeigen die Bäume ihre ersten Knospen, und die Vögel tragen ihre ersten Halme zum Nestbau zusammen, da fangen die Kinder auch wieder an, Büsche und Hecken zu durchsuchen. Es ist also wieder an der Zeit, auf das Barbarische solchen Tuns hinzuweisen. Aber nicht die Drohung mit Strafe bringt die Buben vom Nestersuchen ab. Man muß verstehen, ihnen klarzumachen, wie lieblos und verwerflich der Vogelmord ist. Wenn das Kind weiß, daß die kleinen Sänger aussterben und eine Aufzucht im Käfig fast immer erfolglos ist, so läßt es eher vom Suchen ab.

⚔ **Die Silberne Hochzeit** feierte am 16. d. Mts. der Leiter und Direktor der „Złota Kula", Korytowski, der bereits 27 Jahre bei der Firma tätig ist, mit seiner Gattin.

Rekord-Wahnsinn.

Rennen, Hungern, Tanzen, Reden.

(Nachdruck verboten.)

Der Rekordwahnsinn ist ausgebrochen. Jeder, der sich interessant machen will, erfindet einen Rekord und beginnt eine Welthöchstleistung aufzustellen. Da waren zuerst die Sechstagefahrer, die 145 Stunden lang ohne Pause über eine Holzbahn rasen. Ihrer gibt es schon so viele, daß man sie kaum zu zählen vermag. Und jedes Jahr um die Winterszeit treten sie in die Pedale und beginnen ihre Rekordfahrerei vor den Augen Tausender wildgewordener Menschen, die sich an Rekorden berauschen, die sie selbst aufzustellen nicht imstande sind.

Dann kamen die Hungerkünstler. Sie waren vor dem Kriege eine Attraktion der Panoptiken und anderer ähnlicher Institute. Man glaubte sie längst ausgestorben, aber in diesem Jahre sind sie wieder aufgetaucht und gleich in einer Anzahl, daß man sich wundern muß, wie viele Menschen im Hungern trainiert sind. Einer hungert 43 Tage, der andere 44, einer will es auf 50 bringen, ein anderer beabsichtigt den Weltrekord auf 60 Tage hinaufzudrücken. Die Hungerer nehmen pfundweise ihr eigenes Gewicht ab, bekommen Magenkrämpfe, Tobsuchtsanfälle, Verfallserscheinungen, aber das macht nichts, die Hauptsache, das Publikum kann sich an Rekorden begeistern und zahlt Geld für die Schaustellung.

Inzwischen hat man was vom Dauertanz gehört. Wer wußte vor zehn Tagen, daß irgend ein Italiener den Weltrekord im Dauertanz mit 126 Stunden halte? Seitdem Alfredo Fernando den Angriff auf diesen Rekord unternahm und 130 Stunden sich drehen wollte, ist das jedem geläufig. Nachdem er sich 29 Stunden über das Parkett gewälzt hatte, brach er zusammen und liegt in der Charité. Demnächst will er von neuem beginnen, und der Erdball wird um eine neue Sensation und einen neuen Rekord reicher sein.

Damit nicht genug, hat sich jetzt der Rekordsprecher Horaz gemeldet. Es ist nicht der alte römische Versschreiber, mit dem wir uns auf dem Gymnasium abquälen mußten, nein, Herr Horaz ist ein Mann in den besten Jahren, der noch lange nicht zu sterben und vorerst mal sechs Tage lang ohne Unterbrechung zu sprechen gedenkt. Zu diesem Zweck hat er sich das Lehrervereinshaus zu Berlin ausgesucht, wo er am 3. Mai starten will. Er behauptet, daß ihm die Luft nicht ausgehen wird, und er kann fraglos, wenn er durchhält, mit einem großen Zulauf rechnen, denn das Lehrervereinshaus liegt auf dem Alexanderplatz, und dort hat man für lange Reden (kurzer Sinn) viel übrig. Die Menschheit hat also Gelegenheit, sich an einem neuen Rekord zu berauschen. Wohl uns, daß wir in dieser herrlichen Zeit leben! Cubert.

Ist Gehirn-Paralyse heilbar?

Noch vor einem Jahrzehnt galt der Zustand eines Paralytikers für hoffnungslos. Allerdings hatte man schon früher die Entdeckung gemacht, daß Impfungen mit Cholera, Typhus, Masern, Diphtherie und Scharlach von günstiger Wirkung auf Gehirnerweichung waren. Immerhin waren die Erfolge recht bescheiden. Nun veröffentlichte vor kurzem der Direktor der Irrenanstalt Hamburg-Friedrichsberg, Professor Dr. W. Weigandt, in der „Umschau" einen Artikel, der über die Forschungen auf diesem Gebiete und ihre Erfolge hoffnungerregende Mitteilungen macht, die von der größten Bedeutung sind. Nach den Ausführungen Weigandts ist der Urheber der neueren Bekämpfung der Paralyse Wagner von Jauregg, der trotz zahlreicher Warnungen 1917 den Versuch unternahm, Paralytiker mit Malaria zu impfen. Von den neun Fällen jenes Jahres sind heute noch drei in voller Berufstätigkeit, das bedeutet also einen Erfolg bei einem Drittel der Krankheitsfälle, bei welchen zum erstenmal die neue Heilweise versucht wurde. 1919 fand diese Methode deshalb auch Anwendung in den Kliniken von München, Frankfurt und Wien. Weigandt teilte aus seiner eigenen Erfahrung mit, daß es in einem Drittel der Fälle im allgemeinen gelungen sei, Berufsaufnahme zu ermöglichen. Allerdings vermeidet Weigandt das Wort „Heilung", da tatsächlich der Fall eines Verschwindens aller Symptome selten sei. Nach vier genauen Statistiken, die Weigandt aufgestellt hat, kann bei 40 bis 50 Prozent der behandelten Fälle mit Wiederaufnahme der Berufstätigkeit gerechnet werden, bei 20 bis 30 Prozent tritt geringe Besserung ein und nur etwa 5 Prozent der Fälle verlaufen tödlich. Gefährlich ist die Behandlung insbesondere bei Herzschwäche. Das wirksame Prinzip dieser neuen Heilweise ist nach Weigandt einmal die hochgradige Steigerung der Körpertemperatur, dann aber vor allem ein Eiweißzerfall, der durch die Impfkur herbeigeführt wird, wodurch der Organismus umgestimmt und zu einer erhöhten Produktion von Antikörpern getrieben wird — Auch andere Erkrankungen des Zentralnervensystems, wie Hirngrippe, multiple Sklerose, Dementia praecox (Jugendirresein) und Epilepsie sind nach dieser Fiebermethode behandelt worden. Allerdings waren die Erfolge nicht einwandfrei. Noch unsicherer ist die Behandlung der Rückenmarksschwindsucht, wo nur insofern ein Erfolg zu verbuchen ist, als die sehr quälenden lanzinierenden Schmerzen rasch beseitigt werden.

Büchertisch.

Florizel v. Reuter: „Führer durch die Violinmusik" — Max Hesses Verlag, Berlin W. 15. Der Besucher eines Violinkonzerts wird erst dann einen rechten Genuß über das Gehörte empfinden, wenn er mindestens in allgemeinen Zügen mit dem Wesen der vorgetragenen Kompositionen von Wert vertraut ist. Ein wahrer Künstler wird sich nicht damit begnügen, daß die rein virtuose Seite seines Spiels gebührende Bewunderung erfährt, er wird in erster Linie Wert darauf legen, nachzuweisen, ob zunächst er selbst die tondichterischen Gedanken eines Werks richtig erfaßt hat, und es wird ihm ferner viel daran liegen, festzustellen, ob seitens seiner Hörerschaft all das, was sein Instrument zu vermitteln hatte, klar verstanden wurde. Zur Erreichung des zweiten Ziels ist es nötig, daß der Konzertbesucher einigermaßen mit den wichtigsten Werken des Programms vertraut ist. Ein Vademekum für die Solo-Violinmusik hat Florizel v. Reuter in Max Hesses Verlag, Berlin W. 15, unlängst erscheinen lassen. Das Buch gibt einmal dem Laien ungemein reichhaltige Aufschlüsse über die hauptsächlichsten Werke der Violinliteratur, dann aber wird auch der Fachmann — sei es ausübender Musiker, sei es Musikwissenschaftler — bei der Lektüre allerlei vorfinden, was sein Wissen bereichert. Verfasser ist von Geburt Deutsch-Amerikaner und ein Geiger von Ruf, u. a. war Marteau sein Lehrer. Er war einige Jahre Direktor der Züricher Musikakademie und lebt jetzt in Deutschland. Kompositorisch ist v. Reuter mit drei Opern und mehreren Orchesterwerken vor die Öffentlichkeit getreten, auch besorgte er eine instruktive Ausgabe der 24 Kaprizen von Paganini. Was nun den vorliegenden „Führer durch die Solo-Violinmusik" betrifft, so eignet er sich als vortreffliche Beratungsstelle. Das Werk ist glücklicherweise nicht einseitig vom Standpunkt des Virtuosen abgefaßt, der seinen Lieblingsgöttern Loblieder singt, es befleißigt sich vielmehr, objektiv den prominentesten Schöpfern von Kompositionen für die Solovioline gerecht zu werden. Daß hierbei, sofern es erforderlich ist, auch die Kritik zu ihrem Rechte kommt und auf die Schwächen mancher Kompositionen in vornehmer Form hinweist, kann nur anerkannt werden. Der Verfasser scheut sich z. B. nicht, vor einer Überschätzung Regers zu warnen. Das Buch befaßt sich einleitend mit den Ursprüngen der Soloviolinmusik, leitet dann zu den italienischen Meistern von Corelli bis Paganini über und bildet in der Würdigung der deutschen Violinliteratur von Bach bis Brahms den gewichtigsten Teil der Ausführungen. Bach, Mozart, Beethoven, Mendelssohn und Brahms werden an der Hand ihrer Violinhauptwerke genau analysiert. In den beiden letzten Abschnitten beschäftigt sich v. Reuter mit den nichtdeutschen Geigenkomponisten, voran den französischen und belgischen. Wenn auch der zur Verfügung stehende Stoff es sich gefallen lassen mußte, größtenteils in gedrängter Kürze verarbeitet zu werden, so wird die Arbeit trotzdem als Nachschlagewerk wesentliche Dienste leisten. Der Verfasser wollte kein Lehrbuch größeren Stils zimmern, sondern musikalisch Interessierten die Möglichkeit gewähren, sich über den Gesamtkomplex der Welt-Violinliteratur zu orientieren. Nach der Richtung ist sein Führer, dem auch die markantesten Themen der klassischen Violinmusik in Notenschrift beigefügt sind, in außerordentlichem Maße auskunftgebend, und es darf als sicher gelten, daß dieses Werk, dessen Studium Musikschülern warm ans Herz gelegt werden kann, eine ähnliche Aufmerksamkeit erfahren wird, wie z. B. die bekannten Führer durch die Opern und Operetten. Oder ist es etwa nebensächlich, zu wissen, was mittels eines Violinkonzerts oder einer Violinsonate inhaltlich musikalisch zum Ausdruck gebracht werden soll? Die Frage dürfte zu verneinen sein.

Alfred Lucke.

⚔ **Mit einer Kopfwunde aufgefunden** wurde gestern mittag 12¾ Uhr in einem Hauseingange an der Brombergerstraße ein Anton Kantorowicz aus der ul. Strumykowa 25 (fr. Bachstraße). Er hatte von einem unbekannten Manne mit einem Ziegelstein einen Wurf gegen den Kopf erhalten.

⚔ **Ohnmächtig aufgefunden** wurde gestern in der Bukerstraße ein Mann namens Jakob Wujewski aus Zegrze, der von seinem Rade gestürzt war.

⚔ **Kurze Freude!** Die beiden Burschen, die, wie gestern von uns gemeldet, mit zwei neuen Rädern eines Fahrradgeschäfts in der Großen Gerberstraße 52 durchgegangen waren, sind gestern in Ostrowo angehalten und festgenommen worden und befinden sich bereits auf dem Transport nach Posen. Sie heißen Tomaszewski und Florczak aus Posen.

⚔ **Gestohlen** wurden von einem Boden in der ul. Dąbrowskiego (fr. Gr. Berlinerstraße) zwei Pferdedecken, vier Zaumzeuge und zwei große Scheren zum Scheren der Pferde.

⚔ **Der Wasserstand der Warthe in Posen** betrug heut, Donnerstag, früh + 0,97 Meter, wie gestern früh.

⚔ **Vom Wetter.** Heut, Donnerstag, früh waren bei bedecktem Himmel 8 Grad Wärme.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Freitag, Sonntag,	den 23. April. den 25. April.	Verein Deutscher Sänger Uebungsstunde. Ruderklub „Neptun". Vorm. 10½ Uhr: Anrudern.
Sonntag.	den 25. April.	Radfahrerverein „Poznań". Vormittags 8 Uhr: Ausfahrt nach Unterberg—Marienberg.
Sonntag.	den 25. April.	Ruderverein „Germania". Vormittags 10½ Uhr: Anrudern, 5 Uhr nachm.: gemütl. Beisammensein im Bootshause.
Freitag.	den 30. April.	Historische Gesellschaft. Abends 8 Uhr: in der Turnhalle des Deutschen Gymnasiums: Hauptversammlung.

Gottesdienst-Ordnung der deutschen Katholiken.

Vom 25. April bis 2. Mai.

Sonntag, ½8 Uhr Beichtgelegenheit; 9 Uhr Predigt und Amt; 3 Uhr Rosenkranz, Predigt und Segen. 5 Uhr Sitzung des Verbandes deutscher Katholiken in der Aula des Deutschen Gymnasiums. — Montag, abends 7 Uhr Gesellenverein. — Sonnabend, 5 Uhr Beichtgelegenheit.

* **Bromberg**, 21. April. Hier hat ein aus seiner Wohnung gewiesener Mieter sich auf der Straße eine Hütte aus seinen Möbeln errichtet, in der er mitsamt seiner Familie seit einigen Tagen haust. Es handelt sich hierbei um einen Erwerbslosen, der keinen anderen Ausweg aus der Wohnungsnot fand.

* **Culm**, 21. April. In der Aktien-Brauerei fiel der Arbeiter Reczkowski einige Stufen von der Leiter im Maischraum und war sofort tot. Wie der Arzt feststellte, war der 62 Jahre alte Mann einem Herzschlag erlegen. Der Fall wirkte um so tragischer, als der Verstorbene in der vorhergegangenen Woche seine Frau beerdigt hat. Er war ein pflichttreuer Arbeiter, der in der Brauerei 38 Jahre beschäftigt war.

* **Dirschau**, 21 April. Ein großer Einbruchsdiebstahl ist, wahrscheinlich in den ersten Morgenstunden, hier in das Schuhgeschäft von Brzozowski verübt worden. Gestohlen wurden 100 Paar Herren- und Damenschuhe, ferner eine noch nicht genau festgestellte Anzahl von Leder- und Stoffpantoffeln. Eine Kassette wurde von den Dieben zertrümmert und 20 Dollar, 100 zł in bar und drei Aktien der Bank Polski entwendet.

* **Gnesen**, 21. April. Am Dienstag, dem 13. d. Mts., wurde hier auf dem nach Daikom führenden Gleise die Leiche eines Mannes gefunden, in der ein gewisser Walczak, wohnhaft an der Rübnastraße, festgestellt wurde. Die Todesursache konnte bisher noch nicht festgestellt werden. — Der Verband der Ruhegehaltsempfänger und -Empfängerinnen hielt hier am 14. d. Mts. eine Versammlung ab. Aus den Ausführungen des Vorsitzenden Kostencki ging hervor, daß die Ruhegehaltsempfänger sich in jeder Beziehung zurückgesetzt fühlen. Obgleich sie, wie der Redner hervorhob, ihre Ruhegehälter selbst angelegen, da den Ruhegehaltsfonds die ihnen während ihrer Dienstzeit von den Gehältern abgezogenen 3 Prozent bilden, so werden sie dennoch als nur lästige und schädliche Schmarotzer behandelt. Die Zentralverwaltung wird daher ihr Möglichstes tun, um sowohl den Sejm als auch die Gesellschaft zu veranlassen, den Ruhegehaltsempfängern gegenüber eine geneigtere Haltung einzunehmen und ihnen eine bessere Lebenshaltung zu ermöglichen.

* **Graudenz**, 20. April. Sehr enttäuscht sind, wie der „Deutsch. Rundsch." von hier geschrieben wird, viele Beschicker der vorjährigen Ausstellung. Es wurden ihnen mancherlei Auszeichnungen von der Preiskommission zuerkannt. Die silbernen und goldenen Medaillen wurden jedoch nicht ausgehändigt, sondern nur ein Besitzzeugnis. Auch auf Auszahlung der Geldpreise wartet man bis dahin noch vergeblich. Man hat sich bereits hier und da erkundigt und Mitteilung erhalten, daß höheren Orts Beträge zur Zahlung der Preise bereits angewiesen sind. Es ist die baldige Zahlung in Aussicht gestellt. Besonders kleinere Aussteller haben schon längst mit den Beträgen gerechnet und sind durch das Ausbleiben derselben in Verlegenheit.

* **Stargard**, 21. April. Hier ist eine Sonderkommission der Danziger Eisenbahndirektion mit den Ingenieuren Korzon und Jatkiewicz eingetroffen, um eine nachträgliche Untersuchung des Eisenbahnunglücks von Stargard, das sich im vorigen Jahre ereignete, durchzuführen.

* **Tremessen**, 21. April. Vor dem Geschäft des Kaufmanns Lewandowski hielt am 17. d. Mts. ein Auto, dem sämtliche Insassen entstiegen, worauf auch der Chauffeur sich auf kurze Zeit entfernte, ohne zuvor den Mechanismus des Motors abgestellt zu haben. Plötzlich setzte sich das Auto in Rückwärtsbewegung und fuhr in das Ausstellungsfenster des Herrn L., nicht nur dieses vollständig zertrümmernd, sondern auch alle ausgestellten Waren vernichtend. — Ein zweiter Unfall ereignete sich am 18. d. Mts. im Dorfe Lubin. Hier prallte ein mit rasender Schnelligkeit dahinsausendes Auto an die auf der Straße aufgestellte Eisenbahnschranke, die infolge Herannahens eines Zuges geschlossen war, mit solcher Wucht auf, daß sämtliche Insassen herausflogen. Dem Chauffeur wurden beide Kiefer eingedrückt, während die Passagiere mit leichteren Verletzungen davonkamen.

* **Tuchel**, 19. April. Über eine aufsehenerregende Verhaftung berichtet das „Pomm. Tagebl." folgendes: Am 14. April wurde der Kaufmann Jan Wilant wegen Verdachts des Konkursvergehens auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet und in das Gerichtsgefängnis Tuchel eingeliefert. W. hatte es verstanden, nach dem Kriege und während der Inflationszeit das Kolonialwarengeschäft von Selbiger am Markt zu kaufen und große Geschäfte zu tätigen. W. zählte besonders die Arbeiterschaft zu seinem Kundenkreis. Infolge des großen Umsatzes konnte er noch die benachbarten Grundstücke am Markt dazukaufen und vollständig neu aufbauen. Als nach der Inflationszeit die feststehende neue Währung eingeführt wurde, war es ihm nicht möglich, den Geschäftsbetrieb weiter zu führen. Er verpachtete sein Geschäft, ließ die Grundstücke seinen Verwandten überschreiben, verkaufte sie auch teilweise und meldete Konkurs an. Nach eingehender Prüfung der Bücher durch den gerichtlich bestellten Konkursverwalter kamen große Unregelmäßigkeiten zutage, die den Verdacht des betrügerischen Bankerotts aufkommen ließen. W. mußte mehrere Fälle eidlich bekräftigen, die aber bei genauer Prüfung nicht Stich hielten. Die Folge war, daß der Staatsanwalt in Konitz eingriff und W. verhaften ließ. W. genoß als Führer der N. P. R. großes Vertrauen bei seinem Anhang, war Stadtverordneter und in vielen Kommissionen tätig und wurde sogar als Mitglied der Stadt in den Kreistag gewählt. Trotz großer Bemühungen seiner Freunde war es nicht möglich, den Haftbefehl rückgängig zu machen, so daß er bis zur Klärung der Angelegenheit und der zu erwartenden Gerichtsverhandlung in Haft bleiben muß. Wilant, der seit der Übernahme Tuchels durch Polen eine führende Rolle in der Stadt und im Kreise spielte, ist erst 27 Jahre alt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz**, 21. April. Eine Familientragödie ereignete sich hier. Der erst seit sechs Monaten verheiratete arbeitslose Rechtsanwaltsschreiber Kurpic hat seine 18jährige Frau mit einer Axt schwer verletzt und sich dann selbst Wunden beigebracht. Die Ursache waren Familienstreitigkeiten. Kurpic hat allem Anschein nach die schreckliche Tat vorbereitet, denn er hatte ein Tuch zur Knebelung seiner Frau zurechtgelegt und sich die Axt geborgt. Er hat seiner Frau mehrere Schläge auf den Kopf versetzt und sich dann die Sehnen an Händen und Füßen durchschnitten. Als er dann sah, daß sein Opfer noch nicht ganz tot war, hat er es gewürgt. Der Zustand der Frau ist hoffnungslos, während sich der Unmensch ganz wohl fühlt.

* **Petrikau**, 21. April. Im Dorfe Uszczyn gebar die Frau Janina des begüterten Landwirts Anton Szadkowski Vierlinge, und zwar einen Knaben und drei Mädchen. Zwei der Mädchen und der Knabe verstarben nach kurzer Zeit. Die Mutter und das letzte Kind befinden sich jedoch wohl.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Bromberg**, 21. April. Wegen versuchter Beamtenbestechung wurde von der Strafkammer der Landwirt Ignatz Grajek aus Gobawy, Kreis Znin, zu einem Monat Gefängnis oder 90 zł Geldstrafe verurteilt. Er hatte versucht, einen Polizeibeamten bei der Ausfertigung eines Protokolls zu beeinflussen und ihm dafür einen Zentner Gerste angeboten.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A. — Wolnica.

Freitag, abends 7¼ Uhr. Sonnabend, morgens 7½ Uhr. vorm. 10 Uhr. nachm. 4½ Uhr mit Schrifterklärung. Sabbatausgang 8 Uhr. Werktäglich morgens 7 Uhr mit anschl. Lehrvortrag. abends 7¾ Uhr mit Vortrag über die Psalmen.

Synagoge B. (Israel. Brüdergemeinde) ul. Dominikańska. Sonnabend nachm. 4 Uhr. Mincha.

Wettervoraussage für Freitag, 23. April.

= **Berlin, 22. April. Noch etwas kühler, meist wolkig, vorwiegend trocken.**

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

A. S. hier. 1. In solchem Bagatellfalle bedarf es einer Vollmacht nicht. 2. Sie haben keinesfalls das Recht der Abrundung des Mietsbetrages nach oben und sind verpflichtet, die Differenz zurückzuzahlen. 3. Am 1. Januar 1924 entsprachen 1 600 000 poln. Mark 1 Zloty. Mithin waren 100 000 Mk. = 6¼ Groschen.

W. M. in Sw. Ueber die Aufwertung derartiger Genossenschaftsdarlehen enthält die Aufwertungsverordnung keine besonderen Bestimmungen. Wir können Ihnen daher nicht sagen, ob die Forderung der Kasse in der gedachten Höhe berechtigt ist oder nicht.

P. Gr. in N. W. Nach Ihrer Darstellung würde es sich bei dem Mietsobjekt um ein solches handeln, das unter Artikel 6 d des Mieterschutzgesetzes fällt. Die monatliche Vorkriegsmiete betrug 61.50 zł. Im letzten Vierteljahr 1925 waren 52 Prozent, im ersten Vierteljahr 1926 58 Prozent zu zahlen oder für das ganze 4. Vierteljahr 1925: 95 94 zł und für das 1. Vierteljahr 1926: 107.01 zł.

U. U. in U. Am 1. Oktober 1920 waren 280 poln. Mk. gleich einem Dollar, mithin 80 000 poln. Mk. gleich 285.71 Dollar.

1000 zł. 1. Rein. 2. Für Ihre Schulden können die Sachen Ihrer Tochter nicht gepfändet werden. Sollte es doch geschehen, so müßte Ihre Tochter intervenieren.

Spielplan des „Teatr Wielki".

Donnerstag,	den 22. 4.	um 7½ Uhr abends **„Geisha".**
Freitag.	den 23. 4.	um 7½ Uhr abends **„Faust".** (Ermäßigte Preise).
Sonnabend,	den 24. 4.	um 7 Uhr abends **„Siegfried".**
Sonntag.	den 25. 4.	um 3 Uhr nachm. **„Die Puppe".** (Ermäßigte Preise).
Sonntag.	den 25. 4.	um 7½ Uhr abends **„Troubadour".**
Montag.	den 26. 4.	um 7½ Uhr abends **„Die Zigeunerin".**

Radiokalender.

Rundfunkprogramm für Freitag, 23. April.

Berlin, 504 Meter. Abends 8¾ Uhr: „Leonce und Lena", Lustspiel in 3 Akten. Abends 10½—12 Uhr: Tanzmusik.

Elberfeld, 259 Meter. Abends 8¾—9¾ Uhr: Konzert des Westfälischen Streichquartetts. Abends 9¾—10.50 Uhr: Marschmusik.

Königsberg, 463 Meter. Abends 8 Uhr: „Die Neuvermählten".

München, 485 Meter. Abends 7 Uhr: „Der Freischütz". Übertr. aus dem Nationaltheater.

Stuttgart, 446 Meter. Abends 8 Uhr: Mozart.

Rundfunkprogramm für Sonnabend, 24. April.

Berlin, 504 Meter. Abends 8.30 Uhr: Beim Heurigen in Grinzing. Abends 10.30—12 Uhr. Tanzmusik der Funkkapelle.

Breslau 418 Meter. Abends 8.25 Uhr: Musikanten sind da. Lustiges Instrumentalkabarett.

Münster, 410 Meter. Abends 8.30—9.30 Uhr: Liederabend: Brahms, Pfitzner-Trunk. 9.45 Uhr: Konzert. 11.10—11.40 Uhr: Tanzmusik der Wetag-Band.

Stuttgart 446 Meter. Abends 8 Uhr: Kammermusikabend der Kammermusikvereinigung des Philharmonischen Orchesters Stuttgart.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: H. Schwarzkopf, Kosmos Sp. z o. o. — Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Kreditverein Spółdz. z ogr. odp. Poznań

Aktiva. **Bilanz am 31. Dezember 1925.** Passiva.

	zł	gr		zł	gr
Kassenkonto	876	07	Anteile der Genossen	9 120	—
Forderungen in lfd. Rechnung	10 590	29	Guthaben i. lfd. Rechnung	19 415	29
Wechselforderungen	17 741	83	Spareinlagen	613	71
Guthaben bei der Genossenschaftsbank	163	77	Gewinn und Verlust	1 243	54
Mobilien	950	—			
Beteiligungskonto bei der Genossenschaftsbank	100	58			
	30 422	54		30 422	54

Zahl der Mitglieder bei der Gründung 11
Zahl der im Geschäftsjahr neu hinzugekommenen Mitglieder 96
Zusammen . . . 107
Zahl der im Geschäftsjahr ausgeschiedenen Mitglieder . . . . —
Zahl der Mitglieder am Schlusse des Geschäftsjahres 107
Höhe des Geschäftsanteiles 100 zł
„ der satzungsmäßigen Haftpflicht 200 zł.

Der Vorstand.

gez. Gg. Becker Otto Mix H. Pörster.

Verband für Handel und Gewerbe
Poznań.
Unsere Geschäftsstelle befindet sich in
Poznań, ul. Skośna 8,
parterre
(Bv Vereinshaus, Rückseite)
Geschäftsstunden 8—3 Uhr
Sprechstunden 11—2 Uhr

40-jähr., gute Existenz am Orte: **Buch-, Papier-,** und **Schreibwarenhandl.** und **Galanterie, kompl. Buchbinderei** mit Papier- u. Pappschneidemaschine (auch kann Geschäft. Buchbinderei geteilt gekauft werden.) **Glaserei, Bilder-Einrahmung** sofort zu annehmb. Preise **zu verkaufen.** 4 Zimmerwohnung u. gr. Garten vorh. Ang. u. **941** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Wegen Betriebsänderung habe preiswert abzugeben:
Original „Dehne"
Hackmaschinen
3 m breit, für 7 Reihen Rüben und 15—17 Reihen Getreide. Die Maschinen sind gebr., sehr gut erhalten völlig betriebsfähig. **Paul Seler, Poznań, Przemysłowa Nr. 23. Tel 2480.**

Stellungslosen, jungen Kaufleuten,
die intellig. u. fähig sind m. dem Publikum zu verkehren, bietet sich
Gelegenheit
durch Werbetätigkeit bei einigem Fleiß regelm. hohe Einnahmen zu erzielen. Angebote unt. **959** an die Geschäftsst. d. Blattes.

Verheirat. Brennereiverwalter,
der mit elektrischer Lichtanlage Bescheid weiß, poln. Staatsbürger ist und poln. Sprachk. besitzt, zum 1. Juli d. J. gesucht.
Kümmel, Rittergutspächter, Chruplewo,
poczta Wąsowo, pow. Nowy Tomyśl.

Suche zum 15. Juli
Kindergärtnerin 2. Kl.,
die etwas nähen kann, zu 2 Kindern im Alter von zwei und fünf Jahren.
Frau Rittergutsbesitzer Materne, Woleniec, pow. Krotoszyn.

Kinderfräulein, Kindergärtnerin
mit abgelegter Prüfung bevorzugt zu 4 Kindern im Alter von ½—6 Jahren, für deutschen, katholischen Arzthaushalt **gesucht** in Mittelstadt Pommerellens.
Angeb. mit Zeugn. u. Bild u. **947** a. d. Gschst d. Bl.

Die unverwüstlichen
Palma-Kautschuksätze und -Sohlen
sind aus bestem Rohmaterial hergestellt, schonen Füsse und Schuhe und sind doppelt so haltbar als Leder und geben elastischen, angenehmen Gang.
Kein Luxus!
Für jedermann eine Notwendigkeit!

Stellengesuche

Ein tücht. zuverl., militärfr.
Müller,
22 Jahre alt, der mit sämtl. neuzeitlichen Mühl reinmaschinen vertraut ist **sucht** für sofort oder später **Stellung**
Angebote unt. **960** an die Geschäftsst. dieses Blattes erb.

Ein deutsch u. poln. sprech. **Landwirt** mit allen Zweigen der Landwirtschaft vertraut, energisch, verh., kinderlos **sucht** per 1. 7. 26 **Stellung** auf einem größ. Gute selbst. oder unter Disposition. Ang. unt. **967** an die Geschäftsst. d. Bl.

Achtung!
Schafscherer suchen Beschäftigung arbeiten sauber und billig **Fr. Preus,** Schafscherermeister, **Kornatki, poczta Strzałkowo,** pow. Września.

Oberschlesierin, perfekte deutsch-polnische Übersetzerin, **sucht Stellung im Kontor** evtl. als **Sekretärin.**
Gefl. Angebote unter **962** an die Geschäftsst. d. Blattes.

Suche Stellung als **Stütze** oder als **Stubenmädchen** vom 1. Mai. Gute Zeugnisse vorhanden. Off. unt. **965** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Probleme des deutschen Kapitalmarktes.

Von Dr. rer. pol. Dr. jur. **Gerhard Schacher** (Berlin).

Die seit Beginn des Jahres immer deutlicher in Erscheinung tretende Geldflüssigkeit ist und bleibt der wichtigste Anlaß zu einer optimistischeren Anschauung von der zukünftigen Konjunkturentwicklung in Deutschland, und die sich später einstellenden Anzeichen einer Behebung der Wirtschaftskrise, wie z. B. das Sinken der Arbeitslosen- und Konkursziffern, sind durchweg mehr oder minder als Folgen dieser Besserung der Geldverhältnisse anzusehen. Es ist daher verständlich, wenn man in allen Kreisen des Wirtschaftslebens und natürlich besonders an der Börse alle Symptome am Geldmarkt und im Kreditwesen mit besonders erhöhter Aufmerksamkeit beobachtet, denn man gibt sich ständig davon Rechnung, daß all unser Wohl und Wehe von der Aufrechterhaltung des leichten Geldstandes abhängig bleibt. Unter diesem Gesichtswinkel ist es auch zu verstehen, wenn gerade in der letzten Zeit mit Rücksicht auf gewisse Erscheinungen am Geldmarkt eine Nervosität aller beteiligten Kreise hervortrat, und wenn auch wahrscheinlich, wie erst kürzlich der Reichsbankpräsident bestätigt hat, eine aktuelle Gefahr der Verschlechterung der Geldverhältnisse nicht befürchtet zu werden braucht, so ist doch für unsere augenblickliche Lage von ganz besonderer Bedeutung, sich über die Wetterwolke, die sich hier am Horizont zu zeigen beginnt, rechtzeitig klar zu werden.

Wie in beiden vergangenen Jahren die Jagd nach den Auslandskrediten modern war und alle größeren Unternehmungen nacheinander versuchten, Geldgeber in Amerika zu finden, um durch Erlangung kurzfristiger Anleihen wenigstens für die nächste Zeit der Krisenschwierigkeiten Herr werden zu können, so hat heute gewissermaßen ein Rennen auf den Inlandsmarkt eingesetzt, das den vorsichtigen Beobachter der Konjunktur nachdenklich stimmen muß. An und für sich ist die Benutzung eines gut funktionierenden inländischen Geld- und Kapitalmarktes zur Erfüllung der Kreditbedürfnisse natürlich weit gesünder als die ständig weiter fortschreitende Verschuldung an das Ausland. Es braucht kaum näher ausgeführt zu werden, daß jeder Auslandskredit eine beträchtliche Belastung für unser ganzes Wirtschaftsleben darstellt. Dies gilt allerdings für langfristige Anleihen durchaus nicht in gleichem Maße wie für die früher in der Hauptsache abgeschlossenen kurzfristigen Kredite, aber unsere Industriellen, Bankiers und Volkswirte sind sich darüber einig, daß jeder Auslandskredit nur einen Notbehelf darstellt, und zwar dort, wo der Inlandsmarkt versagt oder aber ihm eine weitere Belastung nicht zugemutet werden soll. Der ständig weichende Zinssatz in Deutschland, wie er in den mehrfachen Herabsetzungen der Diskontsätze der Reichsbank und der Entwicklung des Marktes für tägliches Geld an der Börse, der Privatdiskontsätze usw. zum Ausdruck kommt, hat vielfach dazu angeregt, Inlandsanleihen aufzulegen, um sich einerseits von Bankkrediten unabhängig zu machen und diese nach Möglichkeit abzudecken, andererseits aber auch um sich von den ausländischen Interessenten möglichst zu emanzipieren. Die Privatwirtschaft ist zum Teil noch hinsichtlich ihrer Kapitalbeschaffung damit beschäftigt, kurzfristige Auslandskredite in solche langfristiger Natur umzuwandeln und ist auf diese Weise bereits recht weit fortgeschritten. Erst neuerdings ist hier vielfach eine Unterbrechung eingetreten, weil alles wie fasziniert auf den zu neuem Leben erwachenden inländischen Kapitalmarkt blickt und bestrebt ist, sich in Zukunft völlig mit inländischem Kapital zu finanzieren.

Dieses Bestreben läßt sich nun aber nicht nur bei der Privatwirtschaft feststellen, sondern diese findet bereits eine Anzahl wichtiger Konkurrenten vor, die sich schon früher für dieses Marktgebiet interessiert haben, und zwar die zahlreichen öffentlichen Stellen, die Giro-Verbände, Kommunen, die Länder, Post, Eisenbahn usw. Manches deutet sogar darauf hin, daß die öffentliche Hand hier gewissermaßen den Rahm abschöpfen und daß die Privatwirtschaft, die in einzelnen Fällen sogar bereits ihre ausländischen Kreditbeziehungen mit Rücksicht auf die Verhältnisse am inländischen Markt gelockert hat, das Nachsehen haben wird. Die in der letzten Zeit aufgelegten Anleihen sind durchweg von ausgezeichnetem Erfolge gewesen. Fast immer trat eine Überzeichnung ein, so daß sich Publikum und Banken schon daran gewöhnt haben, nur etwa die Hälfte oder ein Drittel der zur Zeichnung angemeldeten Schuldverschreibungen zu erhalten. Immerhin wird bereits hier und da festgestellt, daß auch die größte Geldflüssigkeit nicht unerschöpflich sein dürfte. Die Anleiheemissionen am Inlandsmarkt jagen förmlich einander, und da naturgemäß auch hier die größeren Unternehmungen bzw. öffentliche Betriebe die günstigsten Emissionsverhältnisse vorfinden, so werden die Aussichten gerade für die mittleren und kleineren immer weniger günstig. Bekanntlich hat in Deutschland gerade die mittlere Industrie, die nicht in der Lage war, ähnlich den großen Unternehmungen Auslandsanleihen aufzunehmen, unter der Geldkrise am meisten gelitten, da sie fast ganz auf Bankkredite angewiesen war, und diese nur sehr schwer und zu äußerst drückenden Bedingungen erlangt werden konnten. Die Verschuldung gerade der kleineren Unternehmungen ist, wie aus den Jahresbilanzen klar hervorgeht, in diesen beiden Jahren ganz außerordentlich gestiegen, und im Interesse der wirtschaftlichen Gesundung überhaupt wäre es dringend zu wünschen, daß gerade diese Kreise von der neueren Besserung der inländischen Geldverhältnisse in erster Reihe profitieren könnten. Dies würde auch der Fall sein, wenn sich die großen Konzerne nicht so außerordentlich schnell von den Auslandsmärkten abgewandt hätten und nun die Inlandsmärkte in Wettbewerb mit den öffentlichen Stellen mit Beschlag belegen. Aber nicht nur im Interesse der mittleren und kleineren Unternehmungen, denen auf diese Weise allzu leicht wieder die endlich zu erhoffende Erleichterung der Kapitalbeschaffung abgeschnitten werden könnte, sondern auch aus anderen Gesichtspunkten muß diese neuere Entwicklung nachdenklich stimmen. Gerade wenn man fürchtet, daß das bis jetzt noch gut gefüllte Reservoir des inländischen Kapitalmarktes insbesondere durch den Bedarf der öffentlichen Stellen bald entleert sein könnte, besteht die besondere Gefahr, daß die Auslandsmärkte sich vielleicht nicht mehr so willig neuen Anleihen erschließen würden, wie es bis jetzt noch der Fall ist. Aus den amerikanischen Berichten der letzten Zeit geht bereits hervor, daß ganz offensichtlich in den Vereinigten Staaten aufs neue eine gewisse Anleihemüdigkeit Platz gegriffen hat, und diese Tatsache erscheint mit Rücksicht auf die recht ungünstige Lage der amerikanischen Effektenmärkte auch nur allzu verständlich. Nun wäre es aber verfehlt, aus der bei uns jetzt herrschenden Geldflüssigkeit den Schluß ziehen zu wollen, daß auf längere Sicht die deutsche Wirtschaft in der Lage sein könnte, sich aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Wenn auch der Abbau der Krise fortschreitet, und so schwierige Geldverhältnisse wie etwa im vergangenen Jahre in absehbarer Zeit kaum wieder zu erwarten sind, so ist doch zu bedenken, daß trotz aller Abbauversuche die Steuerlasten in Deutschland weiter gegenüber anderen Ländern verhältnismäßig sehr hoch bleiben müssen, schon weil die Dawes-Verpflichtungen uns hierzu zwingen. Die Gelddecke wird aller Voraussicht nach auch weiter recht schmal bleiben, und es werden sich immer wieder Bedürfnisse einstellen, zu deren Deckung wir unbedingt auf die Auslandsmärkte angewiesen bleiben. Die Zweckmäßigkeitserwägungen würden somit erfordern, daß diejenigen Unternehmungen, die im Auslande in erster Reihe als kreditwürdig angesehen werden, wie insbesondere die großen Konzerngesellschaften und einige öffentliche Stellen, wenigstens einen Teil ihres Kapitalbedarfes ständig weiter im Auslande decken und es hierdurch den kleinen und mittleren Unternehmungen ermöglichen, durch Unterbringung junger Aktien an den deutschen Börsen und durch Auflegung von Obligationen, die das einheimische Publikum, besonders wo lokale Beziehungen bestehen, vielfach ebenso gern zeichnen würde wie die Schuldverschreibungen der großen Gesellschaften, die notwendige Kapitalbeschaffung vorzunehmen. Als seinerzeit besonders seitens verschiedener Stadtverwaltungen ein allzu großer Ansturm auf die Auslandsmärkte erfolgte, erkannte man rechtzeitig, daß hier eine gewisse Organisation der deutschen Kreditwerbung im Auslande unbedingt erforderlich sei. In mindestens dem gleichen Maße ist es aber heute notwendig, auch die Inanspruchnahme des inländischen Kapitalmarktes zu organisieren, um rechtzeitig eine für uns mit Rücksicht auf den notwendigen Abbau der Wirtschaftskrise so gefährliche neue Verschlechterung der Geld- und Kreditverhältnisse zu verhindern.

Bevorstehende Regelung der Angelegenheit Giesche. Wie die Rhein. Westf. Ztg." hört, steht nunmehr eine Regelung der Angelegenheit Giesche-Harriman-Anacona unmittelbar bevor. Die amerikanische Gruppe Harriman-Anacona wird ihre Betätigung auf den polnischen Giesche-Besitz beschränken. Die deutschen Zinkerzfelder von Giesche verbleiben mit ihrer Förderung restlos der deutschen Volkswirtschaft. Die deutsche Giesche-Gesellschaft wird auf ihren auf deutschem Gebiet befindlichen Zinkfeldern selbst eine Zinkhütte errichten und die hier geförderten Erze selbst zur Verhüttung bringen und überhaupt die Verfügungsgewalt über diese Erze behalten. Die Finanzierung des Zinkhüttenbaues durch Giesche erfolgt mit Hilfe eines öffentlichen Darlehens Preußens und des Reiches in Höhe von 20 Mill. Rm. Wie das „Berl. Tagebl." hierzu von informierter Seite erfährt, sind definitive Entscheidungen in dieser Frage noch nicht erfolgt, vielmehr werden sowohl in Berlin wie an anderer Stelle noch Verhandlungen geführt. Mit einer offiziellen Bekanntgabe des Ergebnisses der Verhandlungen ist in den nächsten Tagen zu rechnen.

Eine dänische Ölraffinerie in Danzig. Die letzte Erhöhung des polnischen Zolltarifs hat auch die Einfuhr raffinierten Öles nach Danzig und Polen erschwert. Unter dem Schutz des hohen Zollsatzes wird nunmehr der dänische Ölkonzern Aarhus Oliefabriken dänisches Rohöl in das polnische Zollgebiet einführen, um in Danzig das einem niedrigeren Zollsatz unterliegende Rohöl zu raffinieren. Leiter des Unternehmens ist der dänische Ingenieur Schrader.

Märkte.

Getreide. Warschau, 21. April. Für 100 kg fr. Verladestation. Roggen 118 f hol 29, Weizen 50, Konsum hafer 33—34, Einh.-Saathafer 36, Gerste 29—30½.

Kattowitz, 21. April. Weizen 45—48, Roggen 26—28, Hafer 30—32, Gerste 25—27, Leinkuchen fr. Empfangsstation 45—46½, Rapskuchen 31—33, Weizenkleie und Roggenkleie 21½—22½, Tendenz fest. Auszugsmehl 0.48, Weizenmehl 0.47, 70proz. R.-Mehl 0.25, 65proz. 0.27 zł für ½ kg. Tendenz fest.

Danzig, 21. April. Für 50 kg in Danziger Gulden. Weizen 14¼—14½, Roggen 9.30—9.40, Futtergerste 9¼—9½, Braugerste 9¾—10½, Hafer 9¾—10¼, Roggenkleie 7—7¼, Weizenkleie 7¾—8, 60proz. Roggenmehl 28, „000" altes Weizenmehl mit einer 25prozentigen Beimischung ausl. Mehls 49¼, „000" neues inlandsweizenmehl 44¾.

Hamburg, 21. April. Für 100 kg cif. in hfl. Weizen: Manitoba I 17.85, II 17.55, Rosafe 73 kg 14.85, Baruso 76½ kg 15.30, Hardwinter II austral. 16.90, Gerste: donauruss. 9.75, La Plata 60 kg 9.40, Malting Barley 9.75, für Mai 9.55, Roggen: Western Rye I 11.10, II für Mai-Juni 10.75, Mais: La Plata 9.10, donaubessarab. für Mai-Juni 8.40, La Plata für April-Mai 8.45, Hafer: Canada Western III für Mai 10.80, Whiteclipped für Mai 9.70, Clipped Plata 51—52 kg 8.90, Canada Fez I für Mai 10.45.

Berlin, 22. April. Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen: märk. 297—300, pomm. —.—, April —.—, Mai 304—303, Juli 300½—298, Sept. 268—267, Roggen: märk. 175—180, pommer. —.—, April —.—, Mai 193, Juli 199, September 196½, Gerste: Sommergerste 199—214, Futter- und Wintergerste 175—193, Hafer: märk. 193—203, März —.—, Mai 194, Juli —.—. Mais: Mai —.—, Juli —.— loko Berlin —.—, Weizenmehl: fr. Berlin 38.00—40.25, Roggenmehl: fr. Berlin 25.75—27.25, Weizenkleie: fr. Berl. 11¼—11½, Roggenkleie: fr. Berl. 12.00—12.25, Raps: —.—, Leinsaat: —.—. Viktoriaerbsen: 32.00—39.00, Kleine Speiseerbsen: 26.00—29.00, Futtererbsen: 23.00—26.00, Peluschken: 22.00—25.00, Ackerbohnen: 22.00—24.00, Wicken: 29.00—32.00, Lupinen: blau 11¾—12¾, Lupinen: gelb 14.00—14.50, Seradella: neue 38.00—42.00, Rapskuchen: 14.40—14.80, Leinkuchen: 18.80—19.20, Trockenschnitzel: 9.80—10.10, Soyaschrot: 19.60 bis 20.00, Torfmelasse: 30/70 —.—, Kartoffelflocken: 16.10—16.50. Tendenz für Roggen: ruhig, Gerste: stetig, Hafer: ruhig.

Chikago, 20. April. Weizen: Hardwinter Nr. II loko 174, für Mai alt 163⅜, neu 165½—165⅞, Juli neu 143⅝, September neu 136, Roggen: Nr. I loco 93½, für Mai 91¾, Juli 94¼, September 95, Mais: gelber Nr. II loco 74. weißer Nr. IV loco 69, gemischter Nr. III loco 72, für Mai 73⅜, Juli 77¾, September 80⅜, Hafer: weißer Nr. II loca 44, für Mai 42½, Juli 43⅛, September 43⅝, Gerste: Malting loco 56—76. Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Metalle. Neu-Beuthen, 21. April. Rohguß Friedenshütte Nr. I wird mit 180 zł pro Tonne loco Station Neu-Beuthen notiert.

Warschau, 21. April. Das Handelshaus Geppner gibt folgende Richtpreise für Halbfabrikate am Warschauer Metallmarkt in Zloty für 1 kg an: Grundpreis für Kupferblech 4.20, Draht Grundpreis 5.20, Messingblechgrundpreis 4.20, Draht 4.90, Messingspähne 3.90.

Berlin, 21. April. Amtliche Notierungen in Rmk. für 1 kg. Elektrolytkupfer sof. Lieferung cif. Hamburg, Bremen oder Rotterdam (für 100 kg) 132¼, Raff.-Kupfer 99—99.3% 1.16—1.17, Standard 1.14½—1.15½, Orig. Hüttenrohzink im fr. Verkehr 0.64½ bis 0.65½, Remelted-Plattenzink gew. Handelsgüte 0.58—0.59, Orig. Hüttenaluminium 98—99% in Blocks, Barren, gewalzt und gezogen 2.35—2.40, dasselbe in Barren, gewalzt und gezogenen Drahtbarren 2.40—2.50, Reinnickel 98—99% 3.40—3.50, Antimon Regulus 1,50—1.55, Silber mind. 0.900 f in Barren 87½—88½, Gold im fr. Verkehr 2.79—2.82 für 1 Gramm, Platin im fr. Verkehr 13.50—14 für 1 Gramm.

Leder und Häute. Graudenz, 21. April. Für 1 kg loco Lager. Gesalzene Rindleder 1—1.05, trockene 1.30—1.40, Hammelfelle mit Wolle I 1.35—1.45, trockene II 1.15—1.30, III 1.05, gesalzene I. Güte 0.85—0.95, II. 0.75—0.80, III. 0.65—0.75, Kalbleder pro Stück 5.35—6.35, Pferde 11—13, Ziegen 3.55—4.55, Füchse 25—35.

Holz. Lublin, 21. April. Am Holzmarkt herrscht trotz Beginn keinerlei Interesse für Materialien. Notiert wurden Kiefernbalken II. Kl. 66—70, III. 50—60, Tannen I. Kl. 60—70, Kantenholz 48—52, Latten 80—90, Kiefernbretter I. Kl. 80—90, II. 50 bis 60, Eichenbretter I. und II. Kl. 120 zł pro Meter. Tendenz ruhig. Obige Notierungen sind als Großhandelspreise anzusehen, im Kleinhandel gestalten sich die Preise wegen der allzu hohen Zufuhrgebühren um zirka 40% höher.

Wolle. Lublin, 21. April. Am Wollmarkt herrscht weiterhin eine unklare Situation für 1 kg feine Baumwolle wurden 3.25, fürmittlere 2.40—2.60 und für grobe 2—2.10 zł für 1 kg bei schwacher Tendenz notiert.

Baumwolle. Bremen, 21. April. Amtl. Notierungen in amerikanischen Cents für 1 engl. Pfund (453 Gramm). 1. Ziffer Verkauf, 2. Einkauf, 3. Geschäft. Amerik. Baumwolle loko 20.15, für Mai 18.33—18.24, Juli 18.29—18.21, September 18.17—18.07, Oktober 17.70—17.63—17.67, Dezember 17.54—17.50—17.53, Januar 17.48—17.42—17.45, März 17.89—17.83. Tendenz ruhig.

Posener Börse.

	22. 4.	21. 4.		22. 4.	21. 4.
4 Pos. Pfdbr. alt..	--	36.00	Centr. Skór I.-V....	0.50	0.45
		37.00	C. Hartwig I.-VII. ..	0.30	—
6 listy zbożowe ..	9.10	9.50	Herzf.-Vikt I.-III. ...	2.00	—
	9.00	9.70	Lubań I.-IV.	60.00	60.00
	9.05	9.60	Dr. R. May I.-V. ...	20.00	20.00
8 dola.. listy	6.50	6.60	Papiern. Bydg. I.-IV.	0.20	—
	—	7.20	Piechcin Fabr. Wapna i Cementu ...	3.00	—
	—	7.05	Płótno I.-III.	0.07	—
5 Poż. konwers. ..	0.31	0.33	Sp. Drzewna I.-VII. .	0.25	0.25
		0.32	Wisła, Bydg. I.-III. .	3.00	—
Bk. Sp. Zar. I.-XI. ..	4.00	—	Zj. Brow. Grodz. I.-IV.	0.90	—
Brow. Krotosz. I.-V.	1.00	—			
Cegielski I.-IX.	6.00	—			

Tendenz: unverändert

Laut Beschluß des Börsenrates sind an der Posener Börse folgende Aktien gestrichen worden: 1. Spółka Stolarska Tow. Akc. w Poznaniu; 2. „Młynotwórnia" Tow. Akc. w Rogoźnie; 3. Hurtownia Spółek Spożywców Tow. Akc. w Poznaniu; 4. Georges Geiling & Sp. Tow. Akc. w Poznaniu; 5. „Homosan" Tow. Akc. w Krotoszynie; 6. Centrala Przemysłu Rzeźnickiego Tow. Akc. w Poznaniu; 7. „Agrad" Tow. Akc. w Augustowie.

Warschauer Börse.

Devisen (Mittelk.)	22. 4.	21. 4.		22. 4	21. 4.
Amsterdam . .	398.00	397.85	Paris	33.33	33.05
Berlin*) . . .	236.47	236.46	Prag	29.39	29.38½
London	48.24	48.23	Wien	139.875	140.05
Neuyork . . .	9.90	9.90	Zürich	191.60	191.60

*) über London errechnet. Tendenz: etwas schwächer.

Effekten:	22. 4.	21. 4.		22. 4	21. 4.
8% P. P. Konwers.	147	153	Nobel III.—V.....	—	1.30
5% „	32.50	32.50	Lilpop I.—IV.....	0.53	0.54
6% Poż. Dolar...	79.75	81.50	Modrzejow. I.—VII	1.75	2.95
10% Poż. Kolej. S. I.	158	152	Ostrowieckie I.-VII.	4.10	4.11
Bank Polski (o. Kup.)	47.75	48.25	Starachow. I.—VIII	0.90	0.96
Bank Dysk. I.—VII	—	4.80	Zieleniewski I.-V. .	11.00	11.00
B. Handl. W. XI.-XII.	1.65	1.63	Zyrardów	7.25	7.50
B. Zachodni I.-VI. ..	0.85	0.85	Borkowski I.-VIII.	—	—
Chodorów I.-VII....	—	—	Haberbusch i Sch .	5.10	—
W. T. F. Cukru	1.65	1.70	Majewski	—	—
Kop. Węgli I.-III....	2.00	1.98			

Tendenz: im allgemeinen fester.

Danziger Börse.

Devisen:	22. 4. Geld	21. 4. Geld		22. 4. Geld	22. 4. Brief	21. 4. Geld	21. 4. Brief
London .	25.21	25.21	Berlin . .	—	—	123.421	123.729
Neuyork	5.1935	—	Warschau	51.06	51.19	48.94	49.06
Noten:							
London .	—	—	Berlin . .	—	—	—	—
Neuyork	—	—	Polen . .	52.18	52.32	49.19	49.31

Berliner Börse.

Devisen (Geldk.)	22. 4.	21. 4.		Devisen (Geldk.)	22. 4.	21. 4.
London	20.400	20.397		Kopenhagen	108.80	109.81
Neuyork	4.195	4.195		Oslo	90.89	91.43
Rio de Janeiro ..	0.591	0.588		Paris	14.095	14.015
Amsterdam.....	168.38	168.34		Prag.....	12.419	12.421
Brüssel	15.06	15.03		Schweiz.....	80.98	80.98
Danzig.....	80.90	80.87		Bulgarien	3.05	3.05
Helsingfors.....	10.547	10.547		Stockholm	112.24	112.28
Italien	16.875	16.88		Budapest.....	5.86	5.87
Jugoslawien.....	7.395	7.389		Wien	59.158	59.17

(Anfangskurse).

Effekten:	22. 4.	21. 4.		22. 4.	21. 4.
Harp. Bgb. . . .	109	108¼	Görl. Wagg. . .	35	37¾
Kattow. Bgb. . .	12¼	12¼	Rheinmet. . . .	27	26⅞
Laurahütte . . .	37⅜	38	Kahlbaum . . .	95	96¾
Obschl. Eisenb .	53	55	Schulth. Patzenh	170	164
Obschl. Ind . .	—	58⅜	Dtsch. Petr. . .	—	—
Dtsch. Kali . . .	118	—	Hapag	133	128½
Farbenindustrie .	143¾	145⅞	Dtsch. Bk. . . .	126	126½
A. E. G.	—	—	Disc Com. . . .	122½	122½

Tendenz: ruhig.

Ostdevisen. Berlin, 22 April, 2³⁰ nachm. Auszahlung Warschau 42.39—42.61, Große Polen 44.52—44.98, Kleine Polen 43.53—43.97 (100 Rm. = 234.69—235.91 zł).

Börsen-Anfangsstimmungsbild. Berlin, 22. April, vormittags 12³⁰ Uhr. (R.) Die Börse eröffnete in beruhigter Stimmung bei stärkerer Erholung der Schiffahrtsaktien. Sonstige Kursänderungen geringfügig, da vielfach Zurückhaltung beobachtet wird.

Die Bank Polski, Posen zahlte am 22. April, 11 Uhr vormittags für 1 Dollar 9.90 zł, 1 engl. Pfund 48.11 zł, 100 schweizer Franken 191.12 zł, 100 franz. Franken 32.97 zł, 100 deutsche Reichsmark 235.50 zł, 100 Danz. Gulden 190.91 zł.

1 Gramm Feingold für den 22. April 1926 wurde auf 6.3804 zł festgesetzt. (M. P. Nr. 91 vom 21. April 1926.) (1 Goldzloty gleich 1.8524 zł.

Der Zloty am 21. April 1926. (Überw. Warschau.) Riga: 64, Zürich: 51½, Neuyork: 10½, London: 47.50, Tschernowitz: 29, Budapest: Noten 6800—7100, Prag: 297—303, Noten 302½—305½, Wien: 76¼—67¾, Noten 66¼—67¼.

Dollarparitäten am 22. April in Warschau 9.90 zł, Danzig 10.15 zł, Berlin 9.88 zł.

Die rumänischen Zollerhöhungen haben, wie vorauszusehen war, auch in rumänischen Handelskreisen eine starke Opposition hervorgerufen. Die Kaufleute erhoben sofort beim Handelsminister gegen die exorbitanten Erhöhungen der Zölle Einspruch mit der Begründung, daß hierdurch bedeutende Steigerungen der Inlandspreise eintreten würden. Die beteiligten Industriellen verlangen dagegen nach wie vor, daß im Interesse der Industrie an den neuen Zöllen unbedingt festgehalten werden müsse. Die neue Regierung, die inzwischen ans Ruder gelangt ist, — die Zollerhöhungen waren bekanntlich noch die letzte Tat der alten Regierung — soll sich insofern bereits zu Zugeständnissen herbeigelassen haben, daß sie durch Herabsetzung des Koeffizienten zum Grundzoll die Wareneinfuhr aus dem Auslande erleichtern werde. Es wird eine Kommission eingesetzt werden, die sich mit der ganzen Zollfrage nochmals befassen wird.

Ein neues chemisches Düngemittel. Die Badische Anilin- und Sodafabrik bringt in der nächsten Zeit einen Stickstoffphosphorsäure-Dünger in den Handel, der unter der Bezeichnung „Leunaphos Base" geht. Er enthält 20 Proz. Stickstoff und 15 Prozent Phosphorsäure. Von letzterer sind 14 Prozent wasserlöslich und 1 Prozent zitratlöslich. Die J. G. Farbenindustrie glaubt mit der Einführung dieses Düngemittels insofern dem Zeitbedürfnis entgegenzukommen, als damit das Ziel, mehrfache Arbeitsgänge bei der Düngung durch die gleichzeitige Zuführung der drei Hauptdüngemittel Stickstoff, Kali und Phosphor zu vereinigen und die notwendige Arbeitsersparnis zu verbürgen, immer mehr erreicht wird. Im Gegensatz zum Superphosphat, wo Phosphor an Kalk gebunden ist, ist im neuen Düngemittel die Bindung an Ammoniak, also an den Stickstoff hergestellt, wodurch eine raschere Absorption auch durch solche Böden, die nicht besonders phosphorsäurehungrig sind, wenigstens des Stickstoffs erfahrungsgemäß geschieht.

Für alle Börsen- und Marktberichte übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr und Haftpflicht.